



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Jahresabschluss der IHK Kassel- Marburg zum 31. Dezember 2017

Der Jahresabschluss ist von der unabhängigen Rechnungsprüfungsstelle für Industrie- und Handelskammern geprüft worden.

Die Rechnungsprüfungsstelle hat der Buchführung des Geschäftsjahres 2017, dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 nebst Anhang sowie dem Lagebericht und der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2017 der IHK Kassel-Marburg den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Vollversammlung der IHK hat in ihrer Sitzung am 20. September 2018 den Jahresabschluss festgestellt und die Verwendung des Bilanzgewinns beschlossen. Präsidium, Präsident und Hauptgeschäftsführerin wurde die Entlastung erteilt.



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2017

der

IHK Kassel-Marburg

Bilanz

der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2017

AKTIVA		31.12.2017	31.12.2016
		Euro	Euro
A.	<u>Anlagevermögen</u>		
I.	<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
	1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00
	2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	156.381,00	62.615,00
	3. Geleistete Anzahlungen	8.746,50	0,00
		165.127,50	62.615,00
II.	<u>Sachanlagen</u>		
	1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.284.042,25	7.409.433,25
	2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	307.192,00	264.957,00
	3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
		7.591.234,25	7.674.390,25
III.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
	3. Beteiligungen	275.983,81	215.984,81
	4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.491,39	31.491,39
	5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens	11.136.257,50	12.049.670,53
	6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00
		11.443.732,70	12.297.146,73
B.	<u>Umlaufvermögen</u>		
I.	<u>Vorräte</u>		
	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	119.070,10	114.183,77
	2. Unfertige Leistungen	907.874,74	979.682,94
	3. Fertige Leistungen	0,00	0,00
	4. Geleistete Anzahlungen	0,00	8.951,35
		1.026.944,84	1.102.818,06
II.	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
	1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	858.935,31	625.993,42
	2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
	3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.777,91	16.856,04
	4. Sonstige Vermögensgegenstände	75.501,15	56.401,05
		940.214,37	699.250,51
III.	<u>Wertpapiere</u>		
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00
		0,00	0,00
IV.	<u>Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>	4.192.164,66	2.782.818,00
C.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	66.298,29	70.994,66
D.	<u>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</u>	0,00	0,00
		25.425.716,61	24.690.033,21

PASSIVA		31.12.2017	31.12.2016
		Euro	Euro
A.	<u>Eigenkapital</u>		
	I. Kapitalrücklage	3.155.759,54	3.155.759,54
	II. Ausgleichsrücklage	5.261.753,45	4.696.853,45
	III. Andere Rücklagen	4.610.849,83	5.273.210,43
	IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	217.105,26	0,00
		13.245.468,08	13.125.823,42
B.	<u>Sonderposten</u>		
	I. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
C.	<u>Rückstellungen</u>		
	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.443.126,00	8.844.205,00
	2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
	3. Sonstige Rückstellungen	1.892.524,49	1.999.472,20
		11.335.650,49	10.843.677,20
D.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	533.698,12	415.724,46
	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.245,93	99.415,35
	6. Sonstige Verbindlichkeiten	249.893,76	193.164,53
		810.837,81	708.304,34
E.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	33.760,23	12.228,25
		25.425.716,61	24.690.033,21

Kassel, den 14. Mai 2018

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Obernitz
Hauptgeschäftsführerin

Gewinn- und Verlustrechnung 2017 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2017 Euro	IST Gj 2016 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	11.932.625,57	10.646.149,30
2.	Erträge aus Gebühren	2.616.009,04	2.544.856,89
3.	Erträge aus Entgelten	269.983,27	308.666,41
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	-71.808,20	-65.298,74
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	588.203,51	1.352.430,08
	- davon: Erträge aus Erstattungen	222.232,64	301.857,22
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	72.228,21	82.555,03
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebserträge	15.335.013,19	14.786.803,94
7.	Materialaufwand	-2.015.073,36	-2.202.617,34
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-98.822,30	-109.731,18
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.916.251,06	-2.092.886,16
8.	Personalaufwand	-8.141.026,71	-8.224.253,89
	a) Gehälter	-5.770.580,91	-5.784.203,24
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.370.445,80	-2.440.050,65
9.	Abschreibungen	-235.166,50	-242.516,51
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-235.166,50	-242.516,51
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.551.343,58	-4.496.594,07
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-14.942.610,15	-15.165.981,81
	Betriebsergebnis	392.403,04	-379.177,87
11.	Erträge aus Beteiligungen	59.999,00	0,00
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	83.814,58	77.303,71
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.594,96	788.901,45
	- davon: Erträge aus Abzinsung	0,00	710.308,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-384.911,27	-384.644,75
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-384.777,00	-384.504,00
	Finanzergebnis	-239.502,73	481.560,41
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152.900,31	102.382,54
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	26.032,50
19.	Sonstige Steuern	-33.255,65	271.742,72
20.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	119.644,66	400.157,76
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	899.253,60	1.392.246,90
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	0,00	611.043,84
	b) Entnahme aus anderen Rücklagen	899.253,60	781.203,06
23.	Einstellungen in Rücklagen	-801.793,00	-1.792.404,66
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	-564.900,00	0,00
	b) Einstellung in andere Rücklagen	-236.893,00	-1.792.404,66
24.	Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	217.105,26	- 0,00

Finanzrechnung 2017 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2017 Euro	IST Gj 2016 Euro
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichem Posten	119.644,66	400.157,76
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	235.166,50	232.646,51
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3a.	+/- Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	491.973,29	-760.535,67
3b.	+/- Bildung/ Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	26.228,35	17.593,84
4.	-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	0,00	0,00
5.	-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	3.456,00	0,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-165.090,64	289.544,78
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	102.533,47	99.714,34
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlichen Posten	0,00	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	813.911,63	279.121,56
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-94.096,79	-73.118,12
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-163.882,21	-40.331,59
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	953.079,99	1.500.000,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-99.665,96	-30.331,95
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	595.435,03	1.356.218,34
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	1.409.346,66	1.635.339,90
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.782.818,00	1.147.478,10
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.192.164,66	2.782.818,00

Plan-/Ist-Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2017 der IHK Kassel-Marburg					
		Plan Gj 2017 Euro	IST Gj 2017 Euro	Plan/IST Abweichung Euro	IST Gj 2016 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	12.005.000,00	11.932.625,57	-72.374,43	10.646.149,30
2.	Erträge aus Gebühren	2.454.300,00	2.616.009,04	161.709,04	2.544.856,89
3.	Erträge aus Entgelten	269.200,00	269.983,27	783,27	308.666,41
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	0,00	-71.808,20	-71.808,20	-65.298,74
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	487.300,00	588.203,51	100.903,51	1.352.430,08
	- davon: Erträge aus Erstattungen	199.000,00	222.232,64	23.232,64	301.857,22
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	42.000,00	72.228,21	30.228,21	82.555,03
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebserträge	15.215.800,00	15.335.013,19	119.213,19	14.786.803,94
7.	Materialaufwand	-2.100.100,00	-2.015.073,36	-85.026,64	-2.202.617,34
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-107.400,00	-98.822,30	-8.577,70	-109.731,18
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.992.700,00	-1.916.251,06	-76.448,94	-2.092.886,16
8.	Personalaufwand	-7.969.500,00	-8.141.026,71	171.526,71	-8.224.253,89
	a) Gehälter	-5.776.000,00	-5.770.580,91	-5.419,09	-5.784.203,24
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.193.500,00	-2.370.445,80	176.945,80	-2.440.050,65
9.	Abschreibungen	-232.000,00	-235.166,50	3.166,50	-242.516,51
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-232.000,00	-235.166,50	3.166,50	-242.516,51
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.802.500,00	-4.551.343,58	-251.156,42	-4.496.594,07
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-15.104.100,00	-14.942.610,15	-161.489,85	-15.165.981,81
	Betriebsergebnis	111.700,00	392.403,04	280.703,04	-379.177,87
11.	Erträge aus Beteiligungen	59.000,00	59.999,00	999,00	0,00
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	83.100,00	83.814,58	714,58	77.303,71
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1.594,96	1.594,96	788.901,45
	- davon: Erträge aus Abzinsung	0,00	0,00	0,00	710.308,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-385.000,00	-384.911,27	-88,73	-384.644,75
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-385.000,00	-384.777,00	-223,00	-384.504,00
	Finanzergebnis	-242.900,00	-239.502,73	3.397,27	481.560,41
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-131.200,00	152.900,31	284.100,31	102.382,54
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	0,00	26.032,50
19.	Sonstige Steuern	-33.200,00	-33.255,65	-55,65	271.742,72
20.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-164.400,00	119.644,66	284.044,66	400.157,76
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	874.300,00	899.253,60	24.953,60	1.392.246,90
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0,00	611.043,84
	b) Entnahme aus anderen Rücklagen	874.300,00	899.253,60	24.953,60	781.203,06
23.	Einstellungen in Rücklagen	-709.900,00	-801.793,00	-91.893,00	-1.792.404,66
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	-564.900,00	-564.900,00	0,00	0,00
	b) Einstellung in andere Rücklagen	-145.000,00	-236.893,00	-91.893,00	-1.792.404,66
24.	Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	217.105,26	217.105,26	0,00

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2017 der IHK Kassel-Marburg					
	Plan 2017 Euro	Ist 2017 Euro	Plan / Ist Abweichung Euro	Ist Gj 2016 Euro	
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	-164.400,00	119.644,66	284.044,66	400.157,76
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	232.000,00	235.166,50	3.166,50	232.646,51
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00
3a.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	295.900,00	491.973,29	196.073,29	-760.535,67
3b.	+/- Bildung/Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	XXX	26.228,35	XXX	17.593,84
4.	-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	XXX	0,00	XXX	0,00
5.	-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	3.456,00	XXX	0,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	-165.090,64	XXX	289.544,78
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	102.533,47	XXX	99.714,34
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlicher Posten	XXX	0,00	XXX	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	363.500,00	813.911,63	450.411,63	279.121,56
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-109.500,00	-94.096,79	-15.403,21	-73.118,12
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-161.000,00	-163.882,21	2.882,21	-40.331,59
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.000.000,00	953.079,99	-46.920,01	1.500.000,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-99.000,00	-99.665,96	665,96	-30.331,95
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	630.500,00	595.435,03	-35.064,97	1.356.218,34
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	994.000,00	1.409.346,66	415.346,66	1.635.339,90
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	XXX	2.782.818,00	XXX	1.147.478,10
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	XXX	4.192.164,66	XXX	2.782.818,00

Anhang zum Jahresabschluss der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2017

I. Allgemeine Angaben

Die IHK Kassel-Marburg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7 a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg führt ihre Rechnungslegung auf der Grundlage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu von Präsident und Hauptgeschäftsführerin erlassenen Richtlinien durch.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 257, 284 und 289 HGB sowie Art. 28, 66 und 67 EGHGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Die Gliederung der Bilanz entspricht dem in Anlage III zum Finanzstatut vorgeschriebenen Gliederungsschema.

II. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Aktiva

A. Anlagevermögen

I. und II. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer wird mit drei Jahren angesetzt.

Die **Liegenschaften** der IHK wurden im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2007 von einem Sachverständigen begutachtet. Dabei wurden Grundstücke auf der Grundlage des für die Lage des Bewertungsgrundstücks veröffentlichten amtlichen Bodenrichtwertes und Gebäude mit dem Verkehrswert, der dem gutachterlich ermittelten Sachwert entspricht, bewertet. Die Gebäude werden linear über die in dem Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer abgeschrieben. Die selbständigen Gebäudeeinrichtungen werden nicht über die Restnutzungsdauer der Gebäude abgeschrieben, sondern über deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Die Restnutzungsdauer der einzelnen Gebäudeteile zum 31. Dezember 2017 beträgt zwischen 22 und 67 Jahre.

Die **Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauern entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der amtlichen Abschreibungstabellen.

Die Restnutzungsdauern der einzelnen Vermögensgegenstände zum 31.12.2017 betragen zwischen 3 und 15 Jahren.

Für selbstständig nutzbare Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von mehr als 150,00 Euro, aber nicht mehr als 1.000,00 Euro zzgl. USt. wird im Jahr der Anschaffung ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird linear über 5 Jahre abgeschrieben. Die historischen Anschaffungskosten werden nach Ablauf der 5 Jahre durch Buchung als Anlagenabgänge korrigiert.

Die **Kunstgegenstände** werden zu dem durch Sachverständigengutachten ermittelten Wert eingestellt und nicht abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die **Beteiligungen** sind in Höhe des anteiligen Stammkapitals bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unter den Beteiligungen werden auch solche ausgewiesen, die weniger als 20 % des jeweiligen Stammkapitals umfassen.

Die **Ausleihungen an Unternehmen**, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die **festverzinslichen Wertpapiere** sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit ihren Anschaffungskosten bzw. ihren niedrigeren beizulegenden Kurswerten bewertet.

Gemäß § 13 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts können abweichend zu den HGB-Regelungen **Festgelder**, die unabhängig von ihrer Anlagefrist der langfristigen Erzielung von Zinserträgen dienen und nicht für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes erforderlich und bestimmt sind, im Anlagevermögen ausgewiesen werden. Die Festgelder sind mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Die Geldanlagen erfolgen in Anwendung des § 23 des Finanzstatuts und der dazu im März 2009 erlassenen und im Oktober 2015 von der Vollversammlung geänderten Richtlinie für Geldanlagen. Diese gilt für alle Finanzanlagen im Anlage- und Umlaufvermögen. Durch die Anwendung der Grundsätze der Richtlinie für Geldanlagen soll die Sicherheit der Anlage Vorrang vor der Rentabilität haben. Die Einhaltung der Vorgaben der Richtlinie für Geldanlagen wird von der Anlagenkommission überwacht. Die Anlagenkommission besteht u.a. aus den Vertretern der Kreditinstitute in der Vollversammlung.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** wurden im Rahmen einer Stichtagsinventur per 31. Dezember 2017 aufgenommen (EDV- und Büromaterial, Prüfungsaufgaben, Bewirtungsvorrat, Geschenke, Vordrucke und Formulare). Sie wurden zu den letzten Einstandspreisen bewertet.

Unter den **unfertigen Leistungen** ist der Anteil der Gebühren der beruflichen Erstausbildung ausgewiesen, für den die IHK-Leistungen zum Bilanzstichtag bereits erbracht hat, eine Gebühr aber noch nicht erhoben wurde. Der unter den unfertigen Leistungen ausgewiesene Betrag wurde auf der Basis des Verzeichnisses der noch nicht fakturierten Berufsausbildungsgebühren aus Ausbildungsverhältnissen, die vor dem 01. Januar 2017 eingetragen wurden, gebildet, da die Gebühren für die Eintragung und Betreuung eines solchen Ausbildungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben werden. Die Verteilung der Gebühren erfolgte gleichmäßig auf die einzelnen Ausbildungsmonate.

Durch die von der Vollversammlung am 06. Dezember 2016 beschlossene Gebührenänderung werden die Gebühren für die Eintragung des Berufsausbildungsverhältnisses, für die Betreuung der Ausbildung und für die Abnahme der Zwischen- und Abschlussprüfung leistungsgerecht anteilig zu drei Zeitpunkten erhoben.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag.

Die **Forderungen aus IHK-Beiträgen** werden auf der Basis der Bescheidjahre pauschaliert wertberichtigt. Die pauschalierten Einzelwertberichtigungen werden entsprechend der Anlage 8 des Bilanzierungs- und Kontierungsleitfadens des IHK/DIHK-Arbeitskreises „Kaufmännischer Rechnungswesen und Controlling“ vorgenommen. Die Wertberichtigungssätze für Forderungen des Bescheidjahres 2017 werden mit 0 Prozent (HR) bzw. 10 Prozent (KGT), die des Bescheidjahres 2016 mit 70 Prozent (HR) bzw. 90 Prozent (KGT) und die der übrigen Vorjahre werden durchgängig zu 100 Prozent wertberichtigt.

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen werden die zum Bilanzstichtag nicht beschiedenen Beitragserträge erfolgswirksam erfasst. Die sich hieraus ergebenden Ansprüche bzw. Rückzahlungsverpflichtungen werden als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus der Pro-Forma-Veranlagung im Jahresabschluss 2017 bilanziert.

Die **Forderungen aus Gebühren und Entgelten** werden in Höhe der offenen Posten zum 31. Dezember 2017 abzüglich einer Pauschalwertberichtigung in Höhe von zwei Prozent ausgewiesen.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Kassenbestände sowie die Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert.

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben ausgewiesen, soweit sie als Aufwand nach diesem Stichtag zu behandeln sind.

Passiva

A. Eigenkapital

I. Kapitalrücklage

Der Wert der Kapitalrücklage ergab sich beim Übergang auf die kaufmännische Rechnungslegung nach den Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz als Saldogröße aus Vermögen und Schulden unter Berücksichtigung von Rücklagen. Um die Kapitalstruktur gemäß der „goldenen Bilanzregel“ langfristig zu stärken, wurde die Kapitalrücklage im Jahr 2011 aufgestockt. Zum 31. Dezember 2017 ist die Kapitalrücklage mit 43,3 % des langfristigen Sachanlagevermögens dotiert.

II. Ausgleichsrücklage

Das Finanzstatut verpflichtet nach § 15a Abs. 2 zur Bildung einer Ausgleichsrücklage unter Beachtung des haushaltsrechtlichen Gebots der Schätzgenauigkeit, die bis zu 50 % bezogen auf die für das jeweilige Geschäftsjahr geplanten Aufwendungen betragen kann. Die Ausgleichsrücklage dient zum Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen und nach der Rechtsprechung der Risikovorsorge. Strukturbedingt können Schwankungen größeren Umfangs in erster Linie bei den Beitragseinnahmen entstehen. Dabei können Schwankungen aufgrund der zeitlichen und volumenmäßigen Ungewissheit der Abrechnungen vor allem bei der vorläufigen Veranlagung, durch den Ausfall großer Beitragszahler oder durch Konjunkturkrisen verursacht werden. Weiterhin können sich ergebniswirksame Schwankungen beispielsweise durch aufwandsbedingte Risiken unter anderem aus dem deutlich sinkenden Rechnungszins für die Diskontierung der Pensionsrückstellungen ergeben. Diese Schwankungen sind durch Zuführungen in bzw. Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Um der Angemessenheit der Rücklagenhöhe Rechnung zu tragen, ist jährlich eine detaillierte Risikoanalyse und -bewertung vorzunehmen. Zunächst werden alle Risiken ermittelt, die nicht bereits durch Wirtschaftsplan, Versicherungen, andere Rücklagen sowie Rückstellungen abgedeckt sind. Die Schadenshöhe bestimmt sich durch die Ermittlung von Schadensausmaßen und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die sich hieraus ergebende Risikoprognose beträgt für 2017 mindestens 7.068.979 €. Die Beschreibung der Risiken und die Einstufung der potenziellen Schadenshöhe ergeben sich aus der Anlage 1-6.2.

Die Ausgleichsrücklage ist mit 33,9 % (31.12.2016: 30,8 %) der im Wirtschaftsplan 2017 geplanten Aufwendungen (€ 15.522.300) dotiert.

III. Andere Rücklagen

Daneben bestehen zweckgebundene Rücklagen zur Finanzierung für die Absicherung von Bürgschaften, für den Erwerb einer Immobilie, für die Instandhaltung und Modernisierung der Gebäude Kurfürstenstraße 9 und Gobietstraße 13 in Kassel, für die Umsetzung/Einführung der Digitalisierung der internen Prozesse in der IHK und zur Finanzierung zukünftiger IHK-Projekte, wie z.B. Wirtschaft DIGITAL und der Integration von Flüchtlingen in Praktikum und Ausbildung.

Weiterhin besteht für den sich aus der Änderung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre bei der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen ergebenden Unterschiedsbetrag in Anlehnung der handelsrechtlichen Ausschüttungssperre gem. § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB eine Rücklage.

Zum 31. Dezember 2017 ist die Rücklage zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung aufgelöst.

Die anderen Rücklagen sind hinsichtlich des Zweckes sowie der Bewertung und Verwendung nach den Bestimmungen des § 15a FS konkretisiert.

C. Rückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist (§ 253 Abs. 1 Satz 2 HGB). Sie berücksichtigen neben allen erkennbaren Risiken auch künftige Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend der Regelungen des BiLMoG abgezinst.

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundlegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Die jährlichen An-

passungen beziffern sich bei den Entgelten auf 1,9 % (31.12.2016: 2,2 %) und bei den Renten auf 1,7 % (31.12.2016: 1,2%).

Der zum 31. Dezember 2017 zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich auf 3,68 % (31.12.2016: 4,01 %); es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank für Dezember 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Der Unterschiedsbetrag, der sich nach § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach dem 7-jährigen und dem 10-jährigen Rechnungszins zum 31. Dezember 2017 ergibt, beträgt 897.201 €.

2. Steuerrückstellungen

Zum 31. Dezember 2017 liegen gemäß einer Jahresabschlussbestätigung der Steuerberatungsgesellschaft keine steuerlichen Risiken vor, die eine Bildung einer Steuerrückstellung begründen.

3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorge für Risiken und Verpflichtungen für Personal-/Personalnebenkosten (Beihilfen, Altersteilzeit, Resturlaub, Überstunden, Sonderzuwendungen), für ausstehende Rechnungen, Prüferentschädigungen und Rechts- und Beratungskosten sowie für Jahresabschlussarbeiten.

Der Wertansatz für die Beihilfeverpflichtungen ergibt sich aus der Mitteilung der durchschnittlichen Beihilfeleistungen für die Versorgungsempfänger über 5 Jahre. Die Beihilfeverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 2,8 % (31.12.2016 3,24 %). Weiterhin wurden bei der Ermittlung der Beihilferückstellung Kostensteigerungen von jährlich 1,2 % unterstellt. Die Beihilferückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Altersteilzeitverpflichtung wird mit einem zur Restlaufzeit des Altersteilzeitvertrags fristenadäquaten Marktzins gem. § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Dieser beträgt zum 31. Dezember 2017 für eine 1-jährige Restlaufzeit 1,26 % (31.12.2016: Zinssatz für eine 2-jährige Restlaufzeit

1,59 %). Bei der Ermittlung der Altersteilzeitrückstellung ist kein jährlicher Gehaltstrend berücksichtigt (31.12.2016: 2,0 %).

Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen (Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage, Renteneintritt) werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 2,80 % (31.12.2016 3,24 %). Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurden Gehaltssteigerungen von jährlich durchschnittlich 2,1 % unterstellt. Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen werden nach der PUC-Methode (Projected Unit Credit Method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Rückstellungen für Überstunden und Resturlaub werden – bezogen auf die Berechnungsbasis pro Arbeitstag bzw. -stunde – auf Grundlage der individuellen Werte für jeden Beschäftigten berechnet und setzen sich aus einem Gehaltsanteil und dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zusammen.

Bei der Berechnung der Dokumentationsverpflichtungen gem. § 249 HGB für Aufbewahrungsfristen gem. §§ 257 HGB, 147 AO wird von einer Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren ausgegangen. Der abgezinste Erfüllungsbetrag ergibt sich unter Rückgriff auf den Zinssatz für das jeweilige Jahr gem. § 253 Abs. 2 HGB und einer jährlichen 2 %-igen Kostensteigerung.

D. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten stellen Verpflichtungen aus gegenüber der IHK erfüllten Verträgen dar, bei denen die Zahlung für die empfangene Lieferung oder Leistung von der IHK noch nicht erbracht wurde. Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Stichtag der Bilanz ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Anlagepositionen sind im Anlagenspiegel (Anlage 1-6.1) dargestellt.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen überwiegend entgeltlich erworbene Softwarelizenzen. Diese sind mit dem Restbuchwert zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 156.381,00 € (VJ 62.615,00 €) bewertet.

Die Zugänge im Geschäftsjahr 2017 betragen 155.135,71 € und betreffen zum einen die im Rahmen der Digitalisierung der Prozesse im Bereich der Aus- und Weiterbildung angeschafften Softwarelizenzen in Höhe von 102.419,37 € und zum anderen die für ein Upgrade der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ notwendigen Aufwendungen in Höhe von 29.281,44 €. Weiterhin wurden Softwarelizenzen für den zentralen Datenbankserver (15.141,11 €) und Nachlizensierungen von Zugriffsrechten auf den Windows-Server (7.311,12 €) angeschafft.

Die im Rahmen der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung für Berufswahlbüros angeschafften Lizenzen für Anwendersoftware sind mit Auslaufen der Unterstützung zum 31. Dezember 2017 in das Eigentum der Schulen übergegangen. Die historischen Anschaffungskosten in Höhe von 1.661,40 € wurden als Anlagenabgänge gebucht. Die Vermögensgegenstände sind zum Zeitpunkt des Anlagenabgangs voll abgeschrieben.

2. Geleistete Anzahlungen

Für die Umstellung des bestehenden Zeiterfassungssystems auf ein webbasiertes System wurden Lizenzen in Höhe von 8.746,50 € erworben. Die Umsetzung erfolgt im Jahr 2018. Mit der Umsetzung sollen zeitgleich die durch die zum 01. Januar 2018 neu vereinbarte Dienstvereinbarung notwendigen Anforderungen vorgenommen werden.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

- Grundstück und Gebäude Kurfürstenstraße 9 5.392.251,00 € (VJ 5.485.916,00 €)
- Grundstück und Gebäude Gobietstraße 13
(inkl. Wohnhaus) 1.891.791,25 € (VJ 1.923.517,25 €)

Die Zugänge im Geschäftsjahr 2017 betragen 5.079,52 € und wurden für die Klimatisierung von Büroräumen und für die Nachrüstung von Jalousien als Sonnenschutz im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 ausgegeben.

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

- Kunstgegenstände 128.380,00 € (VJ 128.380,00 €)
- Büromaschinen, Organisationsmittel, EDV-Hardware 3.158,00 € (VJ 4.879,00 €)
- Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung 38.770,00 € (VJ 39.314,00 €)
- Sonstige Anlagen, Maschinen und Geräte 2.488,00 € (VJ 2.741,00 €)
- GWG Sammelposten 2013 0,00 € (VJ 6.502,00 €)
- GWG Sammelposten 2014 1.601,00 € (VJ 2.448,00 €)
- GWG Sammelposten 2015 28.188,00 € (VJ 39.619,00 €)
- GWG Sammelposten 2016 32.362,00 € (VJ 41.074,00 €)
- GWG Sammelposten 2017 72.245,00 € (VJ 0,00 €)

Die Zugänge in Höhe von 89.017,27 € betreffen im Wesentlichen den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen im Rahmen der Renovierungsarbeiten der Büroräume im 2. Obergeschoss des Gebäudes in der Kurfürstenstraße 9 (39.256,95 €) sowie der Geschäftsstelle Marburg (18.176,16 €). Zum anderen sind im Rahmen des brand-schutztechnischen Umbaus des Serverraums im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 Serverschränke in Höhe von 5.911,43 € angeschafft worden.

Weiterhin sind für das Gebäude in der Gobietstraße im Rahmen der in den letzten Jahren getätigten Modernisierungsmaßnahmen eine Teeküche sowie für die in 2015 begonnene Neumöblierung der Seminarräume insgesamt 6.968,35 € ausgegeben worden.

Zum 31. Dezember 2017 sind nicht mehr genutzte und veraltete Büroausstattungen mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 158.003,94 € als Anlagenabgänge gebucht worden. Weiterhin sind durch die zum 31. Dezember 2017 endende IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung angeschafften Vermögensgegenstände im Zuge der Übergabe der Berufswahlbüros an die Schulen Anlagenabgänge mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 20.177,35 € gebucht worden. Einige Vermögensgegenstände weisen zum Zeitpunkt des Anlagenabgangs Restbuchwerte in Höhe von 3.456,00 € auf, die ergebniswirksam als Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen berücksichtigt wurden.

III. Finanzanlagen

3. Beteiligungen

Von der Bewertung der Beteiligungen in Höhe des anteiligen Stammkapitals wird in einem Fall abgewichen.

Im Falle der Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH), an der die IHK einen Stammkapitalanteil von 11.000 € hält, sind auch die in den Jahren 2001 bis 2004 gezahlten Kapitaleinlagen von insgesamt 64.763,64 € aktiviert. Bei einer späteren Rückzahlung der Gesellschafteranteile oder einer eventuellen Liquidation stehen gemäß Gesellschafterbeschluss vom 26. April 2000 den Gesellschaftern, die die Einlagen geleistet haben, unabhängig vom jeweiligen Beteiligungsverhältnis in der Gesellschaft, die Kapitaleinlagen zu, die sie geleistet haben.

Die Beteiligung an der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH (BZ Kassel GmbH), an der die IHK seit 2007 (HR-Anmeldung vom 07. September 2007, Gesellschafteranteils- und Abtretungs-

kunde vom 02. August 2007) einen Stammkapitalanteil von 60.000 € hält, ist bisher mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt worden.

Bis 2011 wies die BZ Kassel GmbH in ihren Jahresabschlüssen ein negatives Eigenkapital auf. Aus diesem Grund wurde die Beteiligung mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt. Ab dem Geschäftsjahr 2012 weist die BZ Kassel GmbH ein positives Eigenkapital aus. Auch der Geschäftsverlauf des Kalenderjahres 2017 verlief positiv. Das erwartete Ergebnis für 2017 wird wiederum positiv ausfallen, sodass die Ertrags- und Vermögenslage der BZ Kassel GmbH als stabil angesehen und von der Wertaufholung nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB zum 31. Dezember 2017 Gebrauch gemacht werden kann. Die Beteiligung ist zum 31. Dezember 2017 mit dem Nominalwert der Beteiligung in Höhe von 60.000 € angesetzt. Es wurden 59.999 € ertragswirksam zugeschrieben.

Die IHK Kassel-Marburg ist an der Bürgschaftsbank Hessen GmbH und an der MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH mittelbar über die Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern beteiligt.

Beteiligungsübersicht:

• BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH, Marburg	13.000,00 € / 33,33 % (VJ 13.000,00 €)
• BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH, Kassel	60.000,00 € / 10,00 % (VJ 1,00 €)
• Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Frankfurt	39.550,98 € / 1,65 % (VJ 39.550,98 €)
• FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH, Kassel	75.763,64 € / 19,82 % (VJ 75.763,64 €)
• IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund	9.450,00 € / 0,95 % (VJ 9.450,00 €)
• MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt	29.722,19 € / 2,82 % (VJ 29.722,19 €)
• Regionalmanagement Mittelhessen GmbH, Gießen	2.027,00 € / 8,11 % (VJ 2.027,00 €)
• Regionalmanagement Nordhessen GmbH, Kassel	15.000,00 € / 30,00 % (VJ 15.000,00 €)
• Uni Kassel International Management School KIMS GmbH, Kassel	2.400,00 € / 9,60 % (VJ 2.400,00 €)
• Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg mbH, Bad Hersfeld	10.250,00 € / 16,02 % (VJ 10.250,00 €)
• Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, Kassel	7.420,00 € / 10,29 % (VJ 7.420,00 €)
• Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH, Eschwege	10.400,00 € / 19,14 % (VJ 10.400,00 €)
• Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement Waldeck-Frankenberg GmbH, Frankenberg	1.000,00 € / 2,00 % (VJ 1.000,00 €)

4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Ausleihungen zum 31. Dezember 2017 betreffen ein Darlehen an die MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH mit 31.491,39 €, Zinssatz 5 % p.a. (VJ 31.491,39 €). Das an die MBG H mbH gewährte Darlehen läuft bis zum 30. Dezember 2022.

5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens

Hierunter sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 2.000.000,00 € (VJ 2.000.000,00 €) ausgewiesen. Sie dienen anteilig der finanziellen Unterlegung der Ausgleichsrücklage und gliedern sich wie folgt auf:

Bei dem Wertpapier "0,2 % DekaBank Deutsche Girozentrale 15(20)" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes (14. Dezember 2015) – „S&P“: A und zum 31. Dezember 2017 – „S&P“: A) handelt es sich um eine außerbörslich notierten Stufenzinsanleihe mit einer Laufzeit bis 16. November 2020. Die Verzinsung betrug im ersten Jahr 0,2 % und steigt im letzten Jahr auf 0,75 %. Die mittlere Rendite beträgt jährlich 0,402 %. 2017 wurde die Anleihe mit 0,25 % verzinst. Die Rückzahlung erfolgt zur Endfälligkeit zum Nennbetrag. Der Nennbetrag beträgt 1.000.000,00 €. Zum 31. Dezember 2017 liegt der Kurswert bei 1.007.550,00 € (31.12.2016: 1.002.600,00 €). Das Wertpapier ist zum Bilanzstichtag aufgrund des Anschaffungswertprinzips nach § 253 Abs. 1 HGB mit den Anschaffungskosten als Wertobergrenze mit 1.000.000,00 € bewertet.

Bei dem Wertpapier "0,4 % Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale CARRARA 01B/2016 16(20)" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes (01. Januar 2016) – „S&P“: A und zum 31. Dezember 2017 – „S&P“: A) handelt es sich um eine außerbörslich notierten Inhaberschuldverschreibung mit einer Laufzeit bis 06. Oktober 2020. Die Verzinsung beträgt 0,4 % p.a. Die Rückzahlung erfolgt zur Endfälligkeit zum Nennbetrag. Der Nennbetrag beträgt 1.000.000,00 €. Zum 31. Dezember 2017 liegt der Kurswert bei 1.006.500,00 € (31.12.2016: 1.002.600,00 €). Das Wertpapier ist zum Bilanzstichtag aufgrund des Anschaffungswertprinzips nach § 253 Abs. 1 HGB mit den Anschaffungskosten als Wertobergrenze mit 1.000.000,00 € bewertet.

Neben den Wertpapieren werden zwei Zuwachssparbriefe zum Nennbetrag von jeweils 2.000.000,00 € mit einer Endfälligkeit zum 28. bzw. 30. August 2018 im Finanzanlagevermögen gehalten. Sie dienen der anteiligen Finanzierung der Pensionsverpflichtungen. Die Verzinsung betrug im ersten Jahr 0,9 % bzw. 0,6 % und steigt im letzten Jahr auf 2,3 % bzw. 2,25 %. In

2017 wiesen die Zuwachssparbriefe eine Verzinsung von 1,2 % bzw. 1,75 % auf. Bei einem Sparbrief fließen die Zinsgutschriften erst bei Endfälligkeit zu. Dieser beziffert sich zum 31. Dezember 2017 auf 2.106.247,50 € (VJ 2.066.590,54).

Weiterhin weist das Finanzanlagevermögen drei Sparkassenbriefe zum Nennbetrag von jeweils 1.000.000,00 € mit einer Laufzeit bis 12. Juni und 07. Oktober 2019 bzw. 30. September 2020 auf. Die Verzinsung beträgt 0,01 % bzw. 0,03 %.

Die Fest- und Tagesgelder des Anlagevermögens (2.030.000,00 €; VJ 5.983.079,99 €) dienen vorrangig der finanziellen Unterlegung der Ausgleichsrücklage sowie der anderen Rücklagen. Die Festgelder sind gemäß der Richtlinie für Geldanlagen bei regionalen Banken und Kreditinstituten angelegt. Die Verzinsung der Festgeldanlagen des Anlagevermögens beträgt durchschnittlich 0,29 %.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (119.070,10 €; VJ 114.183,77 €) betreffen EDV- und Büromaterial (26.712,30 €; VJ 22.770,33 €), Formulare (2.085,40 €; VJ 2.260,93 €), Prüfungsaufgaben (58.382,80 €; VJ 70.064,32 €), Drucksachen für den Wiederverkauf, Ehrenurkunden und Zeugnisse (23.794,58 €; VJ 10.117,40 €), Bewirtungsvorrat (1.189,53 €; VJ 1.718,43 €) sowie Geschenkartikel (6.905,49 €; VJ 7.252,36 €).

Die unfertigen Leistungen sind mit 907.874,74 € (VJ 979.682,94 €) bilanziert.

Die geleisteten Anzahlungen belaufen sich auf 0,00 € (VJ 8.951,35 €).

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen (858.935,31 €; VJ 625.993,42 €) betreffen:

- Forderungen aus Beiträgen* 799.139,07 € (VJ 669.230,13 €)
- Forderungen aus Gebühren* 214.891,00 € (VJ 116.261,00 €)
- Forderungen aus Entgelten* 19.341,43 € (VJ 17.348,01 €)

- Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen* 58.879,72 € (VJ 51.229,12 €)
 - Beitragsansprüche aus der Pro-Forma-Veranlagung 0,00 € (VJ 3.822,04 €)
- *(Angaben ohne Berücksichtigung der Pauschalwertberichtigung)

Die Wertberichtigungen auf Forderungen (233.315,91 €; VJ 231.896,88 €) verteilen sich mit 228.418,07 € auf Beiträge und mit 4.897,84 € auf Gebühren und Entgelte.

3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderungen (5.777,91 €; VJ 16.856,04 €) betreffen die von der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH und der BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH noch nicht beglichenen Rechnungen für verschiedene Lieferungen und Leistungen.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Es handelt sich um:

- Forderungen aus Wertpapierzinsen (Zinsabgrenzung) 16.859,05 € (VJ 9.515,76 €)
- Öffentliche Zuschüsse 45.994,09 € (VJ 39.234,00 €)
- Debitorische Kreditoren 11.619,94 € (VJ 1.943,38 €)
- Forderungen an Bedienstete der IHK 10,84 € (VJ 3.203,00 €)
- Forderungen an Finanzamt aus
 - Umsatzsteuererstattung 2015 + IV/2016 0,00 € (VJ 1.369,91 €)
 - Umsatzsteuererstattung 2017 440,13 € (VJ 0,00 €)
- Forderungen an das Begabtenförderungswerk 0,00 € (VJ 1.135,00 €)
- Forderungen an Sozialversicherungsträger 577,10 € (VJ 0,00 €)

Die Forderungen aus öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 45.994,09 € resultieren aus dem geförderten Beratungsprogramm „unternehmensWert: Mensch“, die erst nach dem 31. Dezember 2017 zur Auszahlung kommen.

Die Forderungen an das Finanzamt aus Umsatzsteuererstattungen ergeben sich aus der Geschäftstätigkeit des umsatzsteuerpflichtigen Betriebs gewerblicher Art „Zertifikatslehrgänge“. Aufgrund der Abgabe der Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2017 ergibt sich ein Erstattungsanspruch in Höhe von 440,13 €.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die flüssigen Mittel (4.192.164,66 €; VJ 2.782.818,00 €) umfassen:

- Kurzfristige Fest-/Tagegelder 3.917.386,92 € (VJ 1.364.293,02 €)
- Kontokorrentguthaben bei Kreditinstituten 270.770,17 € (VJ 1.412.670,22 €)
- Kassenbestände 2.822,90 € (VJ 5.617,85 €)
- Guthaben Postwertzeichen (Frankiermaschinen) 1.184,67 € (VJ 236,91 €)

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (66.298,29 €; VJ 70.994,66 €) setzen sich zusammen aus in 2017 für 2018 erhaltene bzw. bezahlte Rechnungen für Leasing, Lizenzgebühren, Gebäudeversicherung etc.

Passiva

A. Eigenkapital

Rücklagenspiegel	Ist-Werte	Ist-	Ist-	Ist-Werte
	01.01.2017	Entnahme/ Auflösung	Einstellung	31.12.2017
I. Kapitalrücklage	3.155.759,54 €	0 €	0 €	3.155.759,54 €
II. Ausgleichsrücklage	4.696.853,45 €	0 €	564.900,00 €	5.261.753,45 €
- i.V.z. Bezugsgröße gem. § 15 FS	30,8%			33,9%
III. andere zweckgebundene Rücklagen	5.273.210,43 €	899.253,60 €	236.893,00 €	4.610.849,83 €
- zur Absicherung der Ausfallbürgschaft FiDt	278.588,15 €	61.515,59 €	0 €	217.072,56 €
- für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen an den Gebäuden Gobiet- u. Kurfürstenstraße	2.251.274,40 €	360.011,24 €	0 €	1.891.263,16 €
- zur Finanzierung einer Immobilie in Marburg	1.000.000,00 €	0 €	0 €	1.000.000,00 €
- zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung	382.694,16 €	122.899,96 €/259.794,20 €	0 €	0,00 €
- zur Absicherung der Finanzierung von zukünftigen Projekten	288.345,72 €	26.282,03 €	0 €	262.063,69 €
- Anpassungsbetrag aus der Zinsumstellung gem. § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB	710.308,00 €	0 €	186.893,00 €	897.201,00 €
- zur Finanzierung der Aufwendungen für die Umsetzung/Einführung eIHK	362.000,00 €	68.750,58 €	0 €	293.249,42 €
- zur Finanzierung eines leistungsgerechten Gehaltssystems	0,00 €	0 €	50.000,00 €	50.000,00 €
Gesamt	13.125.823,42 €	899.253,60 €	801.793,00 €	13.028.362,82 €
IV. Bilanzgewinn	0,00 €	0 €	0 €	217.105,26 €

I. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beläuft sich auf 3.155.759,54 € (VJ 3.155.759,54 €).

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage erhöht sich zum 31. Dezember 2017 von 4.696.853,45 € auf 5.261.753,45 €. Zum 31. Dezember 2017 wird die im Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 geplante Einstellung vollzogen. Der Ausgleichsrücklage wird ein Betrag in Höhe von 564.900,00 € zugeführt. Gemäß der zum 31. Dezember 2017 erstellten detaillierten Risikoprognose (Anlage 1-6.2) ergibt sich eine Schadenssumme zwischen 7.068.979 € und 10.268.372 €. Die Ausgleichsrücklage deckt somit 74,4 % der minimalen Schadenssumme ab.

III. Andere Rücklagen

Die Rücklage zur Absicherung der mit den Ausfallbürgschaften für die Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH) verbundenen Risiken beläuft sich auf 217.072,56 € (VJ 278.588,15 €) und hat sich um 61.515,59 € durch Entnahmen reduziert. In 1996 hat die IHK eine Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Stadt Kassel in Höhe von maximal 971.454,57 € im Zusammenhang mit der Aufnahme von öffentlichen Darlehen durch die FIDT GmbH zum Zwecke des Grundstückserwerbs und der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums übernommen. Die Bürgschaft dient zur Absicherung öffentlicher Mittel, die das Land Hessen (rund 4,29 Mio. €) auf Darlehensbasis der Stadt Kassel als Hauptgesellschafter zur Finanzierung des Vorhabens neben EU-Zuschüssen (rund 2,25 Mio. €) bereitstellt. Zur Absicherung der 2. Baustufe wurde von der Vollversammlung am 10. März 2000 zu Gunsten der Stadt Kassel eine weitere Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 715.808,63 € genehmigt. Damit betragen die ursprünglichen Bürgschaftsverpflichtungen 1.687.263,20 €. In 2017 wurde das Darlehen für die 1. Baustufe vollständig getilgt. Aufgrund der Zweckbindung der Bürgschaftserklärungen an die Tilgung hat sich der verbürgte Betrag zum 31. Dezember 2017 auf 217.072,56 € (VJ 278.588,15 €) ermäßigt. Ab dem Jahr 2018 wird sich der verbürgte Betrag um 30.000,00 € p.a. ermäßigen und voraussichtlich zum 31. Dezember 2028 auf 0,00 € verwendet sein. Die Ausfallgarantie wird nur dann wirksam, wenn die FIDT GmbH zahlungsunfähig wird und aus der Verwertung des Grundstücks die abgesicherte Darlehenssumme nicht erlöst werden kann.

Die Rücklage zur Mitfinanzierung für den Erwerb einer Immobilie in Marburg stammt aus der Veräußerung des Wohnhauses Heideweg 7 in Kassel und wurde durch Beschluss der Vollver-

sammlung im Juni 2013 über die Verwendung des Bilanzgewinns 2012 auf 1.000.000,00 € aufgestockt, da die bisher eingestellte Rücklagenhöhe (298.833,04 €) für einen Erwerb oder Neubau einer Immobilie im Marburger Stadtgebiet (nach den der IHK vorliegenden qm-Preisen) nicht ausreichend erschien. Die Realisierung des Erwerbs von Grundbesitz stellt einen mittel- bis langfristigen Prozess dar, der sich auf fünf bis sieben Jahre erstrecken kann. Demnach müsste die Rücklage bis spätestens 31. Dezember 2020 in Anspruch genommen werden. Ein geeignetes Objekt konnte bisher nicht gefunden werden. Die Rücklage beläuft sich zum 31. Dezember 2017 unverändert auf 1.000.000,00 €.

Die Rücklage für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Gebäude Kurfürstenstraße 9 und Gobietstraße 13 beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 1.891.263,16 € (VJ 2.251.274,40 €). Der Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwand der Gebäude wird durch Entnahmen aus der Rücklage finanziert. In 2017 sind die Büros der 2. Etage sowie der Foyerbereich in der Sitzungsetage des Gebäudes Kurfürstenstraße 9 für 171.954,60 € saniert bzw. modernisiert worden. Weiterhin musste aufgrund brandschutzrechtlicher Vorgaben ein zweiter Löschwasserweg installiert und der Serverraum umgebaut werden. Hierfür wurden insgesamt 58.734,30 € aufgewendet. In der 5. Etage wurde für 5.426,25 € ein Büroraum klimatisiert sowie in zwei Büroräumen die Akustik verbessert. Insgesamt hat die IHK für die Maßnahmen im Gebäude der Kurfürstenstraße 244.716,48 € aufgewendet. Für die Modernisierung der Flurbereiche im 1. Obergeschoss und Erdgeschoss des Gebäudes Gobietstraße 13 sind 118.294,76 € Aufwendungen entstanden. In 2017 ist für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ein Betrag in Höhe von insgesamt 360.011,24 € aus der Rücklage entnommen worden.

Die Rücklage zur Finanzierung der Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen der Gebäude in der Kurfürstenstraße 9 und der Gobietstraße 13 wurde durch Vollversammlungsbeschlüsse in 2008 und 2009 in Höhe von 2.525.281,00 € gebildet. In den Jahren 2010 und 2012 wurde die Rücklage zur Finanzierung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen aufgrund eines bei der Durchführung einer Instandhaltungsanalyse festgestellten Instandhaltungszustand bei beiden Liegenschaften um 1.416.262,99 € aufgestockt. In den Jahren 2010 bis 2017 wurden Sanierungs- und Modernisierungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 2.638.751,94 € durch Entnahmen aus der Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage finanziert. Dabei entfallen 636.037,31 € auf die Liegenschaft in der Gobietstraße 13 und für das Gebäude in der Kurfürstenstraße 9 sind insgesamt 2.002.714,63 € aufgewendet worden.

Für die Ermittlung des Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarfs von Gebäuden wurde das von der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ empfohlene pauschale Verfahren zur Ermittlung der Instandhaltungsaufwendungen kommunaler Gebäude zugrunde gelegt. Der zur Werterhaltung benötigte Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwand ermittelt

sich mit 1,2 % des Wiederbeschaffungszeitwerts der Gebäude bezogen auf die Restnutzungsdauer und unter Berücksichtigung der bereits angefallenen Sanierungs- und Modernisierungsaufwendungen und wird als Richtwert für die Rücklagenhöhe herangezogen. Der sich hieraus ergebene Richtwert beträgt zum 31. Dezember 2017 2.044.247,00 € (VJ 2.251.274,40€).

Weiterhin wurde die Rücklage zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung im Geschäftsjahr mit 122.899,96 € in Anspruch genommen. Durch das Laufzeitende der IHK-Initiative zum 31. Dezember 2017 sind 259.794,20 € zur Auflösung der Rücklage entnommen worden. Die Rücklage ist zum 31. Dezember 2017 auf 0,00 € zurückgeführt.

Die Rücklage wurde aufgrund eines Vollversammlungsbeschlusses in 2011 zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung in Höhe von 1.500.000 € gebildet. Die Laufzeit der Initiative war zunächst auf 3 Jahre festgelegt und wurde durch Vollversammlungsbeschlüsse in 2012 und 2015 um jeweils zwei Jahre verlängert. Darüber hinaus wurde in 2015 per Vollversammlungsbeschluss weitere 500.000,00 € unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2015 nicht in Anspruch genommenen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Neben der Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung sind ab 2016 auch Aktivitäten zur Integration von jungen Migranten/Flüchtlingen in Praktika bzw. Ausbildung aus den Mitteln der IHK-Initiative finanziert worden.

Insgesamt wurden 1.631.644,55 € zur Finanzierung der IHK-Initiative von 2012 bis 2017 zur Verfügung gestellt. Davon wurden 1.371.850,35 € insgesamt in Anspruch genommen, wobei 614.448,35 € für das Leitprojekt „Berufswahlbüro“ und 737.646,18 € für regionale Teilprojekte der Landkreise verwendet wurden. Für die Integration von jungen Flüchtlingen wurden 7.427,30 € und für allgemeine Aufwendungen wurden 12.328,52 € über die Gesamtlaufzeit ausgegeben.

Die zur Absicherung von der Vollversammlung zu beschließenden zukünftigen Projekten der IHK in 2010 gebildeten Rücklage wurde in 2017 in Höhe von 26.282,03 € (VJ 366.654,28 €) in Anspruch genommen und beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 262.063,69 € (VJ 288.345,72 €).

Dabei sind folgende von der Vollversammlung beschlossene Projektförderungen durch Entnahmen aus der Rücklage finanziert:

- Unterstützung des Schülerforschungszentrums Nordhessen in Höhe von 10.000,00 €

- zur Förderung des Standortmarketings im IHK-Bezirk durch finanzielle Beteiligung an der Dachmarkenstrategie des Regionalmanagement Nordhessen in Höhe von 7.870,00 €

Weiterhin sind 8.412,03 € für das Schwerpunktthema „Wirtschaft DIGITAL“ verwendet und aus der Rücklage entnommen worden.

Die in 2016 – aufgrund der gesetzlichen Änderung gem. § 253 Abs. 2 HGB bezüglich der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen zugrunde zu legenden durchschnittlichen Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre – gebildete Rücklage in Höhe von 710.308,00 € beziffert sich zum 31. Dezember 2017 auf 897.201,00 €. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB zum 31. Dezember 2017 beruht auf den Berechnungen eines versicherungsmathematischen Gutachtens. Hieraus resultiert eine Einstellung in Höhe von 186.893,00 €. Die Rücklage aus der Umstellung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre bei der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen wird voraussichtlich im Jahr 2025 auf 0,00 € verwendet sein.

Die Rücklage zur Finanzierung für die Umsetzung/Einführung der Digitalisierung der internen Prozesse in der IHK wurde in 2017 durch Inanspruchnahmen in Höhe von 68.750,58 € von 362.000,00 € auf 293.249,42 € reduziert.

Dabei sind folgende Digitalisierungsvorhaben durch Entnahmen aus der Rücklage finanziert:

- Einführung des Veranstaltungsmanagementtools „Doo“, mit dem Veranstaltungen einfach, schnell und flexibel verwaltet werden können. Weiterhin bietet das Tool neben der Onlineanmeldung auch die Onlinebezahlung und Rechnungserstellung. Aus der Rücklage werden Aufwendungen für die Einführung in Höhe von 2.356,20 € entnommen.
- Einführung des für die IHK-Gremien bestimmten Gremienportals „Tixxt“. Bei dem Gremienportal handelt es sich um eine Arbeitsplattform, bei der die vernetzte Zusammenarbeit und Kommunikation mit und innerhalb der Gremien effektiv koordiniert werden kann. Die für die Einführung entstandenen Aufwendungen in Höhe von 24.276,00 € werden aus der Rücklage entnommen.
- Für die Umstellung des Betriebs der Internetseite der IHK auf das Web-System des IHK 24 e.V. sind Aufwendungen in Höhe von 12.792,50 € entstanden, die aus der Rücklage durch Entnahme finanziert werden.
- In 2017 ist zur Vorbereitung auf die in 2018 geplante Einführung eines Customers Relationship Management-Systems ein Datenmanagementkonzept erstellt worden. Die in diesem Zusammenhang angefallenen Aufwendungen in Höhe von 19.941,30 € werden aus der Rücklage entnommen.

- Für die Digitalisierung der Prozesse im Bereich der Aus- und Weiterbildung wurden Softwarelizenzen in Höhe von 102.419,37 € angeschafft, die über eine Nutzungsdauer von 3 Jahren aufwandswirksam abgeschrieben werden. Die in 2017 aufwandswirksamen Abschreibungen betragen 9.384,58 € und werden aus der Rücklage entnommen.

Weiterhin ist eine Rücklage zur Finanzierung eines leistungsgerechten/flexiblen Vergütungssystems in Höhe von 50.000,00 € zum 31. Dezember 2017 gebildet worden. Die Hauptgeschäftsführerin wird mit dem Personalrat der IHK das bisherige Vergütungssystem zu einem leistungsorientierten Gehaltssystem ausbauen. Der zum 01. Januar 2017 zu Gunsten der Einführung eines leistungsorientierten Gehaltssystem ausgehandelte Gehaltsverzicht in Höhe von ca. 50.000,00 € wird in die Rücklage eingestellt.

IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust

Der Bilanzgewinn des Jahres 2017 beläuft sich, unter Einbeziehung des Jahresüberschusses in Höhe von 119.644,66 €, nach dem Vollzug der Entnahmen (899.253,60 €) und Einstellungen (236.893,00 €) aus den bzw. in die zweckgebundenen Rücklagen, sowie der geplanten Einstellung in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 564.900,00 € auf 217.105,26 €

Über die Verwendung des Bilanzgewinns wird die Vollversammlung in 2018 entscheiden.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich um Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle wie auch für unverfallbare Anwartschaften in Höhe von 9.443.126,00 € (VJ 8.844.205,00 €).

Die Verpflichtungen für die unverfallbaren Anwartschaften beziffern sich auf 2.315.376,00 € für zwei aktive Leistungsanwärter. Die Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle betragen für neun Leistungsempfänger 7.127.750,00 €. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhen sich per Saldo um 598.921,00 €

3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (1.892.524,49 €; VJ 1.999.472,20 €) gliedern sich wie folgt auf:

- Beihilfen 784.431,00 € (VJ 859.405,00 €)
- Sonderzuwendungen für Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage,

Renteneintritt	455.151,00 € (VJ 413.240,00 €)
• Altersteilzeit	66.108,00 € (VJ 133.439,00 €)
• Resturlaub	160.261,53 € (VJ 153.093,21 €)
• Dokumentationsverpflichtung gem. § 249 HGB	130.300,00 € (VJ 155.300,00 €)
• Überstunden	108.372,96 € (VJ 111.494,99 €)
• Ausstehende Rechnungen	16.900,00 € (VJ 19.600,00 €)
• Jahresabschlussarbeiten	65.500,00 € (VJ 57.400,00 €)
• Beiträge Berufsgenossenschaft	35.000,00 € (VJ 35.000,00 €)
• Rechts- und Beratungskosten	55.500,00 € (VJ 31.500,00 €)
• Ausstehende Prüferentschädigungen	15.000,00 € (VJ 30.000,00 €)

Die Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten bezieht sich auf Kosten, die durch anhängige Verfahren verursacht werden können und begründet sich auf Prognoseberechnungen der Rechtsanwälte.

D. Verbindlichkeiten

	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	528.947,82 € (VJ 412.528,97 €)	4.750,30 € (VJ 3.195,49 €)		533.698,12 € (VJ 415.724,46 €)
5. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. d. ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.245,93 € (VJ 99.415,35 €)			27.245,93 € (VJ 99.415,35 €)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	249.893,76 € (VJ 193.164,53 €)			249.893,76 € (VJ 193.164,53 €)
Summe	806.087,51 € (VJ 705.108,85 €)	4.750,30 € (VJ 3.195,49 €)		810.837,81 € (VJ 708.304,34 €)

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten betragen 533.698,12 € (VJ 415.724,46 €).

5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 27.245,93 € (VJ 99.415,35 €) und betreffen die IHK-Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH, die Regionalmanagement Nordhessen GmbH und die BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH.

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen 249.893,76 € (VJ 193.164,53 €).

Sie umfassen:

• Kreditorische Debitoren	98.463,41 €	(VJ 85.698,29 €)
• Verbindlichkeiten aus einbehaltener Lohn- und Kirchensteuer	141.102,40 €	(VJ 94.646,44 €)
• Verbindlichkeiten gg. dem Begabtenförderungswerk	7.427,35 €	(VJ 0,00 €)
• Verbindlichkeiten gg. Finanzamt aus Umsatzsteuer	835,98 €	(VJ 2.625,28 €)
• Verbindlichkeiten gg. IHK-Mitarbeitern	1.395,85 €	(VJ 2.543,99 €)
• Rückzahlungsverpflichtungen aus der Pro-Forma-Veranlagung	0,00 €	(VJ 1.391,94 €)
• Verbindlichkeiten gg. Künstlersozialkasse	0,00 €	(VJ 774,67 €)
• Verbindlichkeiten aus Messenförderungen	0,00 €	(VJ 5.483,92 €)
• Verbindlichkeiten gg. Versorgungskasse	668,77 €	(VJ 0,00 €)

Die Verbindlichkeiten aus einbehaltener Lohn- und Kirchensteuer setzt sich zum einen aus der abzuführenden Lohn- und Kirchensteuer des Monats Dezember 2017 in Höhe von 139.295,06 € und zum anderen aus der pauschalen Lohnsteuer gem. § 37 b EStG in Höhe von 1.807,34 € zusammen.

Die Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuer ergibt sich aus der Geschäftstätigkeit des umsatzsteuerpflichtigen Betriebs gewerblicher Art „Zertifikatslehrgänge“. Zum einen ist ein Nachzahlungsbetrag in Höhe von 284,48 € für das Jahr 2016 zu erwarten. Zum anderen ergibt sich durch die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung für die Monate November und Dezember 2017 eine Vorauszahlungspflicht in Höhe von 551,50 €, die Anfang 2018 gezahlt ist.

Weiterhin sind aus den Mitteln des Begabtenförderungswerks 7.427,35 € bis zum 31. Dezember 2017 nicht ausgezahlt worden.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (33.760,23 € VJ 12.228,25 €) setzen sich zusammen aus in 2017 für 2018 fakturierte Berufsausbildungsgebühren (25.006,67 €), Mieteinnahmen (5.758,86 €) und erhaltene Zuwendungen (2.843,50 €), die in 2018 zu verwenden sind.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Erträge aus IHK-Beiträgen

IST 2017	11.933 T€
Plan 2017	12.005 T€
IST 2016	10.646 T€

Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2017. Für die Erhebung der Beiträge des abgelaufenen Geschäftsjahres gilt die Wirtschaftssatzung 2017. Für das Berichtsjahr wurden die Grundbeiträge und der Umlagehebesatz sowie die Großbetriebsstaffel angehoben. Die Grundbeiträge sind gestaffelt von 50,00 Euro bis 380,00 Euro (VJ: 35,00 Euro bis 350,00 Euro), der Umlagehebesatz auf 0,19 % (VJ: 0,17 %) des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb und die Großbetriebsstaffel auf 13.000,00 Euro (VJ: 10.000,00 Euro) festgesetzt. Die Beiträge aus Vorjahren werden nach der jeweiligen Beitragsordnung und Wirtschaftssatzung berichtigt.

Die Erträge aus IHK-Beiträgen gliedern sich in:

- 10.568 T€ für die Veranlagung des laufenden Jahres (4.231 T€ Grundbeiträge, 6.337 T€ Umlagen) und
- 1.365 T€ für die Veranlagung von Beiträgen aus Vorjahren (213 T€ Grundbeiträge, 1.152 T€ Umlagen).

Insgesamt liegen die Beitragserträge mit einer Abweichung von 0,6 % auf dem Planniveau.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Beitragserträge insgesamt um 1.286 T€ gestiegen.

Die Vorjahresabweichung ist überwiegend auf 1.688 T€ höhere Beitragseinnahmen des laufenden Jahres zurückzuführen. Dabei entfallen auf die Beitragsanpassung Mehreinnahmen in Höhe von 1.356 T€.

Demgegenüber reduzierten sich die Erträge aus Beiträgen Vorjahre um 402 T€. Die Mindereinnahmen resultieren aus geringeren Nachzahlungen aus Endabrechnungen zurückliegender Beitragsjahre.

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden überwiegend die Gewerbeerträge des Jahres 2015 abgerechnet.

2. Erträge aus Gebühren

IST 2017	2.616 T€
Plan 2017	2.454 T€
IST 2016	2.545 T€

Ein wesentlicher Anteil an den Erträgen entfällt auf Gebühren, die für die Eintragung und Betreuung eines Ausbildungsverhältnisses erhoben werden (1.375 T€). Weitere Gebührentatbestände sind Erträge aus der Durchführung von Weiterbildungsprüfungen (482 T€), Sach- und Fachkundeprüfungen (295 T€), Beglaubigungs- bzw. Bescheinigungstätigkeit (238 T€) und Unterrichtsverfahren (89 T€).

Die Planansätze wurden um 162 T€ überschritten. Die Überschreitung ist hauptsächlich durch Mehreinnahmen aufgrund höherer Nachfragen bei

- den Erträgen aus Gebühren für die berufliche Ausbildung und Umschulung (1.370 T€ gegenüber Plan 1.315 T€),
- den Erträgen aus Ursprungszeugnissen, Bescheinigungen und Zweitschriften (233 T€ gegenüber Plan 192 T€) und
- den Erträgen aus Gebühren für die Durchführung von Gefahrgutfahrer-Prüfungen (133 T€ gegenüber Plan 98 T€)

zurückzuführen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Erträge aus Gebühren um 71 T€ gestiegen.

Durch die zum 01.01.2017 gültige Gebührenanpassung im Aus- und Weiterbildungsbereich wurden Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 444 T€ erzielt. Im Wesentlichen lässt sich der Mehrertrag durch die in 2017 erstmals zu erhebende Eintragungs- und Betreuungsgebühr in der Berufsausbildung in Höhe von 292 T€ begründen. Die Gebühren der Beruflichen Weiterbildung weisen trotz gesunkener Teilnehmeranzahl 158 T€ Mehreinnahmen aus.

Weiterhin wirken sich die Gebührenanpassung (ab Mitte September 2017) und eine stärkere Nachfrage im Bescheinigungswesen um 88 T€ erhöhend aus.

Demgegenüber stehen die Mindereinnahmen hauptsächlich aus dem für 2017 erwarteten Rückgang der Nachfrage bei der Unterrichtung im Bewachungsgewerbe (89 T€ gegenüber Vorjahr 557 T€).

3. Erträge aus Entgelten

IST 2017	270 T€
Plan 2017	269 T€
IST 2016	309 T€

Erträge aus Entgelten erzielt die IHK aus entgeltpflichtigen Serviceleistungen, wie z.B. dem Verkauf von Ehren- und Registrierungsurkunden (16 T€), dem Formularverkauf und Datenbankrecherchen (13 T€), Seminar- und Informationsveranstaltungen (72 T€), Verkauf von Zertifikatslehrgängen (32 T€) und aus der Weiterbelastung von Kosten für die Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken (136 T€).

Insgesamt liegen die Erträge aus Entgelten auf dem Planniveau.

Mehrerträge ergaben sich bei den Entgelten aus Zertifikatslehrgängen (32 T€ gegenüber Plan 25 T€) und aus Erlösen aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (72 T€ gegenüber Plan 67 T€). Mindererträge ergaben sich bei den Entgelten bei der Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken (136 T€ gegenüber Plan 146 T€).

Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Reduzierung der Erträge aus Entgelten per Saldo um 39 T€. Dabei haben sich hauptsächlich die Entgelte aus den Zertifikatslehrgängen (-16 T€) und die Erlöse aus Seminaren, Tagungen und Symposien (-13 T€) verringert.

4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen

IST 2017	-72 T€
Plan 2017	0 T€
IST 2016	-65 T€

Dieser Posten betrifft die erbrachten, aber noch nicht fakturierten Leistungen in der Berufsausbildung (Berufsausbildungsgebühren). Die Gebühren für die Eintragung und Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sind zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung zu erheben. Die Bestandsveränderung stellt eine Abnahme der unfertigen Leistungen zum 31.12.2017 dar.

6. Sonstige betriebliche Erträge

IST 2017	588 T€
Plan 2017	487 T€
IST 2016	1.352 T€

Die Position „Sonstige betriebliche Erträge“ enthält die Erträge aus Erstattungen von Sachmittel- und Personalgestellung in Höhe von 179 T€, Mieterlöse inkl. Nebenkosten in Höhe von 192 T€ und die Erträge aus Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zur Teilfinanzierung von Projekten mit 64 T€, sowie Erträge aus Sachbezügen in Höhe von 40 T€ und Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 35 T€.

Die Überschreitung des Planwertes in Höhe von 101 T€ resultiert aus den nicht geplanten Erträgen aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen mit 35 T€ und aus nicht geplanten Fördermitteln für Projekte (u.a. unternehmensWert Mensch) mit 22 T€. Weiterhin wurden nicht planbare Versicherungsentschädigungen und Erträge aus Erstattungen für Lohnfortzahlungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz in Höhe 18 T€ vereinnahmt.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die sonstigen betrieblichen Erträge um 764 T€ gesunken. Im Wesentlichen lässt sich der Minderertrag durch die in 2016 gebuchten Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen (0 T€ gegenüber Vorjahr 649 €) begründen. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuerzahlungen sowie Zinsen waren aufgrund eines möglichen Betriebs gewerblicher Art hinsichtlich der Übertragung des Rechts auf Anzeigenverwaltung an den Verlag im Rahmen der Erstellung des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ durch die positive Entscheidung des Finanzamts im Einspruchsverfahren nicht in Anspruch genommen worden und in 2016 ertragswirksam aufgelöst.

7. Materialaufwand

IST 2017	2.015 T€
Plan 2017	2.100 T€
IST 2016	2.203 T€

Unter dem Materialaufwand werden die Aufwendungen erfasst, die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung der IHK stehen. Sie untergliedern sich in Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 99 T€ gliedern sich in Aufwendungen für Prüfungsmittel (43 T€), Vordrucke, Formulare und Urkunden (35 T€) sowie Bewirtungsvorrat (12 T€) und Broschüren und sonstiges Schrifttum zur Weitergabe (8 T€) auf.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1.916 T€ setzen sich im Wesentlichen aus Prüferentschädigungen (935 T€), Aufgabensätzen (505 T€), Aufwendungen für die Abgabe von Prüflingen an andere IHK-Bezirke (119 T€), Honoraren und Reisekosten für Dozenten (110 T€), sonstige Fremdleistungen für die IHK-Leistungserstellung (97 T€), Raummieten (69 T€) sowie Bewirtungskosten (50 T€) zusammen.

Der Planwert wurde um 85 T€ oder 4,05 % unterschritten. Dies resultiert im Wesentlichen aus nachfolgend aufgeführten Minderaufwendungen:

- Prüferentschädigungen (935 T€, gegenüber Plan 971 T€)
- Honorare und Reisekosten Dozenten (110 T€, gegenüber Plan 127 T€)
- Sonstige Fremdleistungen für die IHK-Leistungserstellung (97 T€, gegenüber Plan 106 T€)

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Materialaufwand um 188 T€ niedriger. Im Wesentlichen lässt sich der Minderaufwand durch niedrigere Aufwendungen für Honorare und Reisekosten Dozenten (110 T€, gegenüber Vorjahr 253 T€) korrespondierend zu niedrigeren Einnahmen aus der Unterrichtung im Bewachungsgewerbe und den Erlösen aus Seminaren und Tagungen begründen.

8. Personalaufwand

IST 2017	8.141 T€
Plan 2017	7.970 T€
IST 2016	8.224 T€

Im Geschäftsjahr 2017 waren durchschnittlich 113,25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festangestellt, die einer Kapazität von 97,47 Personenjahren entsprechen. Außerdem wurden 5 Auszubildende beschäftigt.

Unter dem Personalaufwand werden die Gehälter und die sozialen Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung zusammengefasst. Insgesamt liegt der Personalaufwand um 172 T€ oder 2,2 % über dem Planansatz.

Die Gehaltsaufwendungen (5.771 T€) liegen demgegenüber um 5 T€ unter dem Planwert (5.776 T€). Unter den Gehaltsaufwendungen sind die Vergütungen der IHK-Mitarbeiter (5.573 T€), Prämienzahlungen für besondere Leistungen der Mitarbeiter (54 T€), Aufwendungen für Sachbezüge (37 T€), Vermögenwirksame Leistungen (26 T€) sowie Veränderung der Rückstellung für Sonderzuwendungen (54 T€) enthalten.

Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (2.370 T€) überschreiten den Planansatz um 177 T€ und beinhalten Sozialversicherungsbeiträge (1.020 T€, gegenüber Plan 1.012 T€), Beiträge für Zusatzversicherungen der Mitarbeiter (473 T€, gegenüber Plan 490 T€), Beiträge an Ruhegehaltskassen und Versorgungseinrichtungen (502 T€, gegenüber Plan 500 T€) sowie Veränderungen der Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (279,5 T€ gegenüber Plan 95 T€). Die Planüberschreitung resultiert per Saldo aus höheren Veränderungen der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und niedrigeren Veränderungen für Beihilfeverpflichtungen in Höhe von 185 T€.

Gegenüber dem Vorjahr reduzieren sich die Personalaufwendungen insgesamt um 83 T€. Dabei entfallen 13 T€ auf die Gehaltsaufwendungen und 70 T€ auf die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung.

Die Minderaufwendungen bei den Gehaltsaufwendungen resultieren aus um 98 T€ niedrigeren Aufwendungen für geleistete Überstunden, sonstige tarifliche oder vertragliche Aufwendungen sowie Aufwendungen für freiwillig soziale Leistungen. Demgegenüber sind höhere Aufwendungen bei den ausbezahlten Prämien (+45 T€) und den Gehaltszahlungen entstanden.

Der Minderaufwand für Altersvorsorge und Unterstützung resultiert hauptsächlich aus der Veränderung der Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen.

9. Abschreibungen

IST 2017	235 T€
Plan 2017	232 T€
IST 2016	243 T€

Es wurden 61 T€ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, 130 T€ auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und 8 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 36 T€ auf GWG-Sammelposten der Jahre 2013 bis 2017 vorgenommen.

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen

IST 2017	4.551 T€
Plan 2017	4.803 T€
IST 2016	4.497 T€

Die Aufwendungen liegen insgesamt um 251 T€ unter den Planwerten.

Nachfolgend aufgeführte Aufwandsarten weisen Über- bzw. Unterschreitungen der Planwerte auf:

- **Sonstige Personalaufwendungen** (177 T€, gegenüber Plan 200 T€): Hierunter werden z.B. die Aufwendungen für sonstige Aufwendungen für Betriebs- und Arbeitssicherheit (99 T€) und die Aufwendungen für Fort- und Weiterbildungen (38 T€) sowie Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe (13 T€) ausgewiesen. Die Unterschreitung beruht hauptsächlich auf niedrigeren Aufwendungen für Betriebs- und Arbeitssicherheit (99 T€, gegenüber Plan 106 T€) und niedrigeren Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung der IHK-Mitarbeiter (38 T€, gegenüber Plan 44 T€).
- **Mieten, Pachten, Leasing** (299 T€, gegenüber Plan 305 T€): Die Unterschreitung des Planwertes ist insbesondere auf niedrigere Aufwendungen beim Leasing von Kraftfahrzeugen (42 T€, gegenüber Plan 45 T€) sowie Leasinggebühren von Büromaschinen (35 T€, gegenüber Plan 37 T€) zurückzuführen.
- **Fremdleistungen** (733 T€, gegenüber Plan 743 T€): Die Abweichung ergibt sich per Saldo aufgrund von Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen (140 T€, gegenüber Plan 129 T€) und Minderaufwendungen bei den Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen (230 T€ gegenüber Plan 265 T€).
- **Rechts- und Beratungskosten** (194 T€, gegenüber Plan 163 T€): Der Planwert wurde hauptsächlich auf Grund von höheren Aufwendungen für Rechtsberatung (55 T€, gegenüber Plan 28 T€) aufgrund höheren Zuführungen zu den Rückstellungen für Rechts- und Beratungskosten überschritten.

- **Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation, Porto** (424 T€, gegenüber Plan 496 T€): Für die Planunterschreitung sind hauptsächlich niedrigere Aufwendungen für Büromaterial (14 T€, gegenüber Plan 42 T€) durch Bestandsveränderungen und geringere Portoaufwendungen (198 T€, gegenüber Plan 224 T€) verantwortlich.
- **Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation** (255 T€, gegenüber Plan 265 T€): Die Aufwendungen liegen leicht unter dem Planwert und beinhalten Aufwendungen für die Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ (165 T€) sowie Aufwendungen für die Durchführung einer Mitgliederakzeptanzstudie in Höhe von 22 T€.
- **Aufwendungen DIHK** (642 T€, gegenüber Plan 650 T€): Die Aufwendungen an den DIHK orientieren sich am Gewerbeertragsvolumen des Vorjahres der Mitgliedsunternehmen der IHK. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 132 T€ gestiegen, was auf höhere Gewerbeertragszahlen der Mitgliedsunternehmen der IHK Kassel-Marburg, im Vergleich der IHK-Organisation insgesamt, zurückzuführen ist.
- **Aufwendungen Grundstücke und Gebäude, Instandhaltungsaufwand und Wartungsverträge** (694 T€, gegenüber Plan 721 T€): Die Aufwendungen in Höhe von 694 T€ gliedern sich in Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der IHK-Gebäude und angemieteten Räume der regionalen Geschäftsstellen (176 T€), Aufwendungen für Instandhaltungen von Gebäuden (305 T€), von Büro- und Geschäftsausstattungen (3 T€) sowie von Fahrzeugen (7 T€) und Aufwendungen aus Wartungsverträgen für Gebäude (32 T€), Aufwendungen aus Wartungsverträgen für Hard- und Software (152 T€). Die Unterschreitung des Planwertes ergibt sich aus niedrigeren Energieaufwendungen (68 T€, gegenüber Plan 76 T€) und bei den Instandhaltungsaufwendungen für die IHK-Gebäude in Höhe von 305 T€ gegenüber Plan 313 T€. Die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an den beiden Gebäuden werden durch die Entnahme in Höhe von 360 T€ aus der Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage finanziert (Verweis zu Erläuterungen zur Bilanz Passiva III. Andere Rücklagen).

11. – 18. Finanzergebnis

IST 2017	-240 T€
Plan 2017	-243 T€
IST 2016	482 T€

Das Finanzergebnis beinhaltet die Erträge aus Beteiligungen und Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und sonstige Zinsen und ähnliche Erträge sowie Aufwendungen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen.

Das Finanzergebnis ändert sich im Vergleich zum Vorjahr von einem positiven Ergebnis in Höhe von 482 T€ in ein negatives Ergebnis in Höhe von -240 T€.

Die Erträge aus Beteiligungen liegen mit 60 T€ auf Planniveau. Durch die positive Entwicklung des Eigenkapitals der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH erfolgte eine Zuschreibung der Beteiligung in Höhe von 59 T€ auf den Nominalwert des anteiligen Stammkapitals der Beteiligung,

Die Erträge aus Zinsen auf Fest- und Termingeldern sowie die Zinsen und Dividenden aus Wertpapieren liegen bei 85 T€ und überschreiten geringfügig den Planansatz (83 T€).

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen liegen mit 385 T€ auf Planniveau. Der Zinsaufwand berücksichtigt den Zinseffekt aus der Abzinsung der Rückstellung für Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitverpflichtungen und beruht auf der Prognoseberechnung eines Finanzmathematikers.

19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

IST 2017	0 T€
Plan 2017	0 T€
IST 2016	-26 T€

Begründet durch die Einspruchsentscheidung des Finanzamts im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ wurde im Vorjahr gezahlte Körperschaftsteuer zurück erstattet.

20. Sonstige Steuern

IST 2017	33 T€
Plan 2017	33 T€
IST 2016	-272 T€

Die sonstigen Steuern beinhalten die für die Liegenschaften Kurfürstenstraße 9 und Gobietstraße 13 anfallende Grundsteuer 32 T€ und die für die Firmenwagen anfallende Kfz-Steuer 1,3 T€. Die Vorjahrsabweichung betrifft die in 2016 erstattete Umsatzsteuer in Höhe von 305 T€. Die

Umsatzsteuererstattung erfolgte nach Einspruchsentscheidung des Finanzamts im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“.

21-24. Jahresüberschuss/Gewinnvortrag/Entnahmen-Einstellungen in Rücklagen/Bilanzgewinn

Ausgehend von dem positiven Betriebsergebnis in Höhe von 392 T€ wird ein Jahresüberschuss erzielt, bedingt durch das negative Finanzergebnis in Höhe von -240 T€ (Verweis auf Erläuterungen zu Punkt 11-18) und den sonstigen Steuern in Höhe von -33 T€.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 120 T€. Die Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen von insgesamt 899 T€ wurden analog dem Beschluss der Vollversammlung in Höhe der tatsächlich angefallenen Beträge vollzogen. Die Einstellungen in die zweckgebundenen Rücklagen betragen 237 T€ und die Einstellung in die Ausgleichsrücklage 565 T€. Unter Berücksichtigung der Rücklagenveränderung zum 31.12.2017 beträgt der Bilanzgewinn 217 T€ (Verweis auf Erläuterungen zur Bilanz Passiva Eigenkapital I. – III.).

VI. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

IST 2017	119,6 T€
Plan 2017	-164,4 T€
IST 2016	400,1 T€

2a. Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens

IST 2017	235,1 T€
Plan 2017	232,0 T€
IST 2016	232,6 T€

Es handelt sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände mit 61,4 T€, Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen mit 130,5 T€ sowie Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 43,3 T€.

3a. Veränderungen der Rückstellungen

IST 2017	492,0 T€
Plan 2017	295,9 T€
IST 2016	-760,5 T€

Der Betrag stellt eine Zunahme der Rückstellungen dar und resultiert hauptsächlich aus der Veränderung der Pensionsrückstellungen (598,9 T€). Die sonstigen Rückstellungen verringern sich dagegen um 106,9 T€.

3b. Veränderungen der Rechnungsabgrenzungsposten

IST 2017	26,2 T€
Plan 2017	XX T€
IST 2016	17 T€

Die Veränderung der Rechnungsabgrenzungsposten ergibt sich aus der Verringerung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (-4,7 T€) und einer Erhöhung der passiven Abgrenzungsposten um 21,5 T€.

5. Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens

IST 2017	3,5 T€
Plan 2017	XX T€
IST 2016	0,0 T€

Die Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 3,5 T€ begründen sich auf die Eigentumsübertragung an die Schulen der im Rahmen der IHK Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung angeschafften Vermögensgegenstände der Berufswahlbüros. Einige Vermögensgegenstände weisen zum Zeitpunkt der Übertragung Restbuchwerte in Höhe von 3,5 T€ auf.

6. Veränderungen der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2017	-165,0 T€
Plan 2017	XXX T€

IST 2016 289,5 T€

Der Wert stellt eine Zunahme dar und resultiert aus der Zunahme der Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten von 232,9 T€ und der Abnahme der Vorräte und unfertigen Leistungen von 66,9 T€. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verringern sich um 11 T€; die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhen sich um 19,1 T€

7. Veränderungen der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2017 102,5 T€

Plan 2017 XXX T€

IST 2016 99,7 T€

Der Betrag stellt eine Zunahme der Verbindlichkeiten dar. Dabei erhöhen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 117,9 T€, die sonstigen Verbindlichkeiten um 72,1 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verringern sich um 57,5 T€

9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

IST 2017 813,9 T€

Plan 2017 363,5 T€

IST 2016 279,1 T€

Ausgehend vom Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten von 120 T€ werden nicht zahlungswirksame Erträge bzw. Aufwendungen korrigiert, so dass ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 813,9 €, der eine Zunahme der liquiden Mitteln darstellt, erzielt wird.

11. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

IST 2017 - 94,1 T€

Plan 2017 - 109,5 T€

IST 2016 - 73,1 T€

Die Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung betragen 89 T€ Für den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen sind Auszahlungen in Höhe von 57,5 T€ getätigt worden. Im Rahmen des brand-schutztechnischen Umbaus des Serverraums im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 sind 5,9 T€ für die Anschaffung von Serverschränken verausgabt worden. Weiterhin ist im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 für die Klimatisierung von Büroräumen und für die Nachrüstung von Jalousien als Sonnenschutz insgesamt 5,1 T€ investiert worden.

13. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen

IST 2017	- 163,8 T€
Plan 2017	- 161,0 T€
IST 2016	- 40,3 T€

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Softwarelizenzen in Höhe von 163,8 T€ angeschafft. Davon entfallen 102,4 T€ auf die Anschaffung von Lizenzen im Rahmen der Digitalisierung der Prozesse im Bereich der Aus- und Weiterbildung, für den zentralen Datenbankserver in Höhe von 15,1 T€ und auf ein Upgrade der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ in Höhe von 29,3 T€. Weiterhin wurde für die Umstellung des bestehenden Zeiterfassungssystems eine Anzahlung auf die anzuschaffenden Softwarelizenz in Höhe von 8,7 T€ geleistet.

14. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens

IST 2017	953,0 T€
Plan 2017	1.000,0 T€
IST 2016	1.500,0 T€

Die Einzahlungen in Höhe von 953 T€ betreffen die Umschichtung einer endfälligen Festgeldanlage des Finanzanlagevermögens in eine Tagesgeldanlage des Finanzumlaufvermögen zur Sicherung der laufenden Liquidität.

15. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

IST 2017	- 99,7 T€
Plan 2017	- 99,0 T€
IST 2016	- 30,3 T€

Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen begründen sich in Zinsgutschriften in Höhe von 39,7 T€ aus Finanzanlagen, die in der gleichen Anlageart angelegt werden und erst mit Endfälligkeit der Anlage zur Auszahlung kommen und durch eine Wertaufholung bei den Beteiligungen in Höhe von 59,9 T€

16. Cashflow aus der Investitionstätigkeit

IST 2017	595,4 T€
Plan 2017	630,5 T€
IST 2016	1.356,2 T€

20. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes

IST 2017	1.409,3 T€
Plan 2017	994,0 T€
IST 2016	1.635,3 T€

Der Finanzmittelbestand erhöht sich um 1,41 Mio. € und ermittelt sich aus dem positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (813,9 T€) und dem positiven Cashflow aus Investitionstätigkeiten (595,4 T€).

VII. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Kassel-Marburg hat finanzielle Verpflichtungen aus Miet- (93 T€), Leasing- (199 T€) und Wartungsverträgen (194,8 T€) in Höhe von insgesamt 486,8 T€ (VJ 481,8 T€) pro Jahr.

VIII. Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB

Die IHK Kassel-Marburg ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. Berlin (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK bei Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2017 bei einer Bilanzsumme von 148,2 Mio. EUR (VJ 141,0 Mio. EUR) ein Eigenkapital von 58,1 Mio. EUR (VJ 55,5 Mio. EUR) aus. Bei der Er-

stellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind die Verpflichtungen in Höhe von 23,9 Mio. EUR (VJ 26,8 Mio. EUR) nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 angegeben. Das sich unter Berücksichtigung dieser Altverpflichtungen ergebende rechnerische Eigenkapital beläuft sich damit zum 31. Dezember 2017 auf 34,2 Mio. EUR (VJ 28,6 Mio. EUR). Bei einem zu Grunde gelegten Konfidenzintervall von 95 % beläuft sich das auf den DIHK einwirkende Risiko gemäß Wirtschaftsplan 2018 auf 32,8 Mio. EUR (Stand: Februar 2018). Der Beitrag der IHK Kassel-Marburg belief sich 2017 auf rund 1,47 % (VJ 1,15 %) des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Die IHK ist zwei Bürgschaftsverpflichtungen zu Gunsten der Stadt Kassel im Zusammenhang mit der FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH eingegangen. Die Bürgschaftsverpflichtungen werden im Rahmen der Rücklagen unter dem Eigenkapital (A. III) erläutert.

X. Sonstige Angaben

Zusatzversorgung

Für die Mitarbeiter der IHK besteht, soweit sie nicht nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Altersversorgung haben und damit eine entsprechende Vorsorge über die Rückstellungen für Pensionen getroffen wurde, eine Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Reg.-Bez. Kassel (ZVK), Kassel.

Die Zusatzversorgungskasse hat die Aufgabe, ihren Versicherten und deren Hinterbliebenen eine zusätzliche betriebliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung richten sich nach dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K). Seit dem 01. Januar 2002 ist die Höhe der Betriebsrente insbesondere abhängig von dem jeweiligen Jahresentgelt und dem Alter des Beschäftigten. Anwartschaften aus dem bis zum 31. Dezember 2001 durchgeführten Gesamtversorgungssystem wurden zusätzlich in Form einer Startgutschrift berücksichtigt. Die von der IHK zu tragende Umlage beträgt 6,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der Arbeitnehmer. Im Jahr 2017 betrug die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte für die Beschäftigten 5.113 T€ (VJ 4.970 T€). Hierdurch ergab sich ein Umlagebedarf (inkl. Sanierungsgeld und Pauschalsteuer von 133 T€; VJ 131 T€) in Höhe von 473 T€ (VJ 468 T€).

Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Die IHK ist an der Regionalmanagement Nordhessen GmbH in Kassel mit 30 % bzw. 15.000 € (VJ 15.000 €) am Stammkapital beteiligt. Gemäß Gesellschaftervertrag soll die Gesellschaft mit einem jährlichen Mindestetat von 1 Mio. € ausgestattet werden. Davon sollen 500.000 € durch die Gesellschafter dieser Gesellschaft erbracht werden. Die weiteren Mittel sollen beim Land Hessen und weiteren Partnern eingeworben werden. Die nicht zum Verlustausgleich benötigten Gesellschaftereinzahlungen werden im Jahresabschluss des Regionalmanagements formal als Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern ausgewiesen und weisen mit Stand zum 31. Dezember 2017 für die IHK ein über alle Betriebsjahre kumuliertes Volumen von 6,8 T€ (VJ 16 T€) aus. In der mittelfristigen Liquiditätsplanung werden diese Mittel zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft benötigt. Faktisch haben diese Mittel Eigenkapitalcharakter für die Gesellschaft, da seitens der Gesellschafter keine Rückerstattung dieser Mittel angestrebt ist.

Pro-Forma-Veranlagung-Beitrag

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember 2017 anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen 2017 eine Berechnung der sich daraus für die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Hieraus ergaben sich keine Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen.

Diese belaufen sich auf:

	31.12.2016	31.12.2017
	in EUR	in EUR
Beitragsansprüche	3.822,04	0,00
- davon laufendes Jahr	1.559,75	0,00
- davon Vorjahre	2.262,29	0,00
Erstattungsverpflichtungen	-1.391,94	0,00
- davon laufendes Jahr	-50,00	0,00
- davon Vorjahre	-1.341,94	0,00
Saldo	2.430,10	0,00

Honorare für Abschlussprüfungsleistungen

Das Honorar für die Abschlussprüfung wird im Wege eines Umlageverfahrens erhoben. Berechnungsgrundlage des Umlageverfahrensanteils ist der Durchschnitt des in den letzten drei Jahren angefallenen Stundenaufwands für diese Tätigkeiten je IHK am Gesamtaufwand. IHK übergreifende Gemeinschaftsleistungen werden durch Grundbeiträge sowie andere Bestätigungsleistungen und sonstigen Leistungen mittels Tages- und Stundensätzen abgerechnet. Die jeweiligen Honorare enthalten anteilige Gemeinkosten und unterliegen dem Kostendeckungsprinzip.

Mitglieder der Vollversammlung, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung

Eine Übersicht über die Mitglieder der aktuellen Vollversammlung ist aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses auf unserer Homepage [www.ihk-kassel.de/ Über Uns/](http://www.ihk-kassel.de/Über_Uns/) Ehrenamt einsehbar.

Präsident	Jörg Ludwig Jordan
	W. & L. Jordan GmbH, 34134 Kassel
Vizepräsidenten	Prof. Dr. h. c. Ludwig Georg Braun
	Ludwig G. Braun Verwaltungs GmbH, 34212 Melsungen
	Dr. Friedrich Freiherr Waitz von Eschen
	POLYMA Energiesysteme GmbH, 34123 Kassel
Präsidiumsmitglieder	Reinhard Bauer
	Horn & Bauer GmbH & Co. KG, 34613 Schwalmstadt
	Andreas Fehr
	FEHR Umwelt- und Verfahrenstechnik GmbH, 34253 Lohfelden
	Hans-Jürgen Germerodt
	Karl Werkmeister Medizinische Leibriinden, 37281 Wanfried
	Heidmarie Hornschu-Baumbach
	Heidmarie Hornschu-Baumbach, Markus Hornschu GbR, 34117 Kassel
	Eugen Jung
	Jung Spedition GmbH, 34121 Kassel
	Wolfram Klawe
	G. Klawe GmbH, Holzwaren- u. Spulenfabrik, 35114 Haina/Kloster
	Dr. Heidmarie Krüger
	Dr. Krüger Personalberatung, 34117 Kassel
	Detlef Kümper
	Versicherungsbüro (BVK), 34225 Baunatal
	Stefan Lange
	LANGE & CO. KG, 34134 Kassel
	Peter Lather
	Lather Kommunikation GmbH & Co.KG, 35102 Lohra
	Horst Müller
	Bickhardt Bau AG, 36275 Kirchheim
	Martin Schmitt
	Volksbank Kassel- Göttingen eG, 34117 Kassel
	Prof. Dr. Martin Viessmann
	Viessmann Werke GmbH & Co. KG, 35108 Allendorf
	Karl-Otto Winter
	Karl- Otto Winter, Organisationsberatung-Immobilien 34560 Frizlar
Hauptgeschäftsführerin	Sybille von Obernitz
Stv. Hauptgeschäftsführer	Oskar Edelmann
Stv. Hauptgeschäftsführer	Ulrich Spengler

Personalübersicht

Personalstand	IST- 2016		IST- 2017		IST- 2017
	Köpfe	Kapazität (PJ)	Köpfe	Kapazität (PJ)	Gehälter in €
Kernpersonal					
Führungskräfte	5	5	5,75	5,75	746.000
Wissenschaftliche Mitarbeiter	35	30,46	35	30,813	2.009.000
Sachbearbeiter, Assistenz und technische Mitarbeiter	69	57,34	69,5	58,159	2.734.000
Summe	109	92,80	110,25	97,471	5.489.000
Sonstige					
Mitarbeiter für Projekte u.ä.	1	1	1	1	XXX
Personalgestellung	2	1,75	2,	1,75	XXX

Gesamtsumme	112	95,55	113,25	97,471	XXX
--------------------	------------	--------------	---------------	---------------	------------

davon					
in Teilzeit	43	XXX	41	XXX	XXX
befristet	9	XXX	11	XXX	XXX
in ATZ aktiv	0	XXX	0	XXX	XXX

außerdem

Auszubildende	7	XXX	5	XXX	XXX
Trainees	1	XXX	0	XXX	XXX
Praktikanten	1	XXX	1	XXX	XXX
Mitarbeiter in Elternzeit/ Mutterschutz	6	XXX	4	XXX	XXX
ATZ inaktiv	1	XXX	1	XXX	XXX
Sondereinrichtungen	0	XXX	0	XXX	XXX
Geringfügig Beschäftigte	2	XXX	4	XXX	XXX

Kassel, 14. Mai 2018

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Obernitz
Hauptgeschäftsführerin

Anlagenspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2017

Anlage 1-6.1

Posten der Bilanz	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte	Restbuchwerte
	Anfangs-	Zugänge	Um-	Abgänge	Endstand	Anfangs-	Abschrei-	Um-	Zuschrei-	Abgänge	Endstand	31.12.2017	31.12.2016
	bestand		buchungen			bestand	bungen des	buchungen	bungen des				
	01.01.2017				31.12.2017	01.01.2017	Geschäfts-		Geschäfts-		31.12.2017	Euro	Euro
1	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	jahres	Euro	jahres	Euro	Euro	Euro	Euro
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte (A.I.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten (A.I.2.)	576.208,28	155.135,71	0,00	25.092,18	706.251,81	513.593,28	61.369,71	0,00	0,00	25.092,18	549.870,81	156.381,00	62.615,00
2. Geleistete Anzahlungen (A.I.3.)	0,00	8.746,50	0,00	0,00	8.746,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.746,50	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	576.208,28	163.882,21	0,00	25.092,18	714.998,31	513.593,28	61.369,71	0,00	0,00	25.092,18	549.870,81	165.127,50	62.615,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten auf fremden Grundstücken (A.II.1.)	8.671.250,58	5.079,52	0,00	0,00	8.676.330,10	1.261.817,33	130.470,52	0,00	0,00	0,00	1.392.287,85	7.284.042,25	7.409.433,25
2. Technische Anlagen und Maschinen (A.II.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (A.II.3.)	954.692,61	89.017,27	0,00	178.181,29	865.528,59	689.735,61	43.326,27	0,00	0,00	174.725,29	558.336,59	307.192,00	264.957,00
3. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau (A.II.4.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	9.625.943,19	94.096,79	0,00	178.181,29	9.541.858,69	1.951.552,94	173.796,79	0,00	0,00	174.725,29	1.950.624,44	7.591.234,25	7.674.390,25
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (A.III.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen (A.III.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen (A.III.3.)	215.984,81	59.999,00 *	0,00	0,00	275.983,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	275.983,81	215.984,81
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (A.III.4.)	31.491,39	0,00	0,00	0,00	31.491,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.491,39	31.491,39
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (A.III.5.)	2.780.000,00	0,00	0,00	0,00	2.780.000,00	780.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	780.000,00	2.000.000,00	2.000.000,00
5. Festgelder des Anlagevermögens (A.III.5.)	10.049.670,53	1.039.666,96	0,00	1.953.079,99	9.136.257,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.136.257,50	10.049.670,53
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche (A.III.6.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	13.077.146,73	1.099.665,96	0,00	1.953.079,99	12.223.732,70	780.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	780.000,00	11.443.732,70	12.297.146,73
Anlagevermögen insgesamt	23.279.298,20	1.357.644,96	0,00	2.156.353,46	22.480.589,70	3.245.146,22	235.166,50	0,00	0,00	199.817,47	3.280.495,25	19.200.094,45	20.034.151,98

Risikoprognose für die Ausgleichsrücklage zum 31. Dezember 2017
gem. Nachtrags-Wirtschaftsplan 2017

Kategorie	Bezugsgröße	Betrag in €	Ausfallrisiko bzw. Eintrittswahrscheinlichkeit	Risikobetrag (min) in €	Risikobetrag (max) in €	Erläuterung
IHK-Beiträge						
Konjunkturelle Risiken	5-JahresØ Umlage lfd. Jahr und Vorjahre	7.071.179	7 % auf 3 Jahre	1.484.948	1.484.948	Preisbereinigtes hessisches BIP während der Wirtschaftskrise (-7,2%)
Abrechnung vorläufig veranlagter Beitragsbescheide	5-JahresØ Umlage Vorjahre	2.093.304	50%	1.046.652	1.046.652	5-JahresØ
Ausfall großer Beitragszahler (Klumpenrisiko)	lfd. Umlage der TOP 10 Beitragszahler	2.129.190	30%	638.757	638.757	ØAusfall der lfd. Umlage von 3 TOP Beitragszahler
Folgen Urteil (Rücklagen) BVerwG 2015	noch nicht endgültig veranlagte Beiträge	15.007.287	Min. 10 % Max. 25 %	1.500.729	3.751.822	noch nicht endgültig veranlagte Beiträge der letzten 3 Jahre
Gebühren						
Schwankungen der Gebühreneinnahmen	Gebühreneinnahmen	2.102.850	gem. Risikoanalyse	629.000	1.514.000	gem. Risikoanalyse deckt Risiken z.B. aus Fehlplanung, gesetzlichen Änderungen, Nachfragerückgang ab
Entgelte						
Schwankungen der Entgelteinnahmen	Entgelteinnahmen	238.200	gem. Risikoanalyse	42.300	105.600	gem. Risikoanalyse deckt Risiken z.B. aus Fehlplanung, Nachfragerückgang ab
weitere Risiken						
Zinsrisiko aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Niedrigzinsphase	Verpflichtungen für laufende Pensionen und unverfallbare Anwartschaften	1.726.593	1	1.726.593	1.726.593	Erstellung von Langzeitgutachten mit alternativen Zinssatz zum Vergleich
Gesamt				7.068.979	10.268.372	

Rückstellungsspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2017

	01.01.2017	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	Aufzinsung	31.12.2017
Rückstellungen							
1. Rückstellungen für Pensionen							
37000 Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle und							
37010 für unverfallbare Anwartschaften	8.844.205,00 €	125.855,28 €	0,00 €	381.515,28 €	0,00 €	343.261,00 €	9.443.126,00 €
	8.844.205,00 €	125.855,28 €	0,00 €	381.515,28 €	0,00 €	343.261,00 €	9.443.126,00 €
2. Steuerrückstellungen							
38100 Rückstellung für Körperschaftsteuer und Kapitalertrags	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
38200 Rückstellung für Gewerbesteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
38400 Rückstellung für Umsatzsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Sonstige Rückstellungen							
39004 Rückstellung für Beihilfen	859.405,00 €	17.519,74 €	84.506,26 €	0,00 €	0,00 €	27.052,00 €	784.431,00 €
39003 Rückstellung für Sonderzuwendungen	413.240,00 €	24.471,57 €	0,00 €	53.504,57 €	0,00 €	12.878,00 €	455.151,00 €
39001 Rückstellung für Resturlaub	153.093,21 €	153.093,21 €	0,00 €	160.261,53 €	0,00 €	0,00 €	160.261,53 €
39500 Rückstellung für aufbewahrungspflichtige Unterlagen	155.300,00 €	45,00 €	24.955,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	130.300,00 €
39002 Rückstellung für Überstunden	111.494,99 €	111.494,99 €	0,00 €	108.372,96 €	0,00 €	0,00 €	108.372,96 €
39301 Rückstellung für Altersteilzeit	133.439,00 €	67.870,02 €	0,00 €	- 1.046,98 €	0,00 €	1.586,00 €	66.108,00 €
39400 Rückstellung für Jahresabschlussarbeiten	57.400,00 €	55.989,35 €	1.410,65 €	65.500,00 €	0,00 €	0,00 €	65.500,00 €
39200 Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten	31.500,00 €	10.448,63 €	5.751,37 €	40.200,00 €	0,00 €	0,00 €	55.500,00 €
39901 Rückstellung für Beiträge Berufsgenossenschaft	35.000,00 €	33.883,15 €	1.116,85 €	35.000,00 €	0,00 €	0,00 €	35.000,00 €
39900 Rückstellung für ausstehende Rechnungen	19.600,00 €	18.238,61 €	1.361,39 €	16.900,00 €	0,00 €	0,00 €	16.900,00 €
39902 Rückstellung für ausstehende Prüferentschädigungen	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €	15.000,00 €	0,00 €	0,00 €	15.000,00 €
	1.999.472,20 €	523.054,27 €	119.101,52 €	493.692,08 €	0,00 €	41.516,00 €	1.892.524,49 €
	10.843.677,20 €	648.909,55 €	119.101,52 €	875.207,36 €	0,00 €	384.777,00 €	11.335.650,49 €

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2017 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€
1. Erträge aus IHK-Beiträgen					12.005.000,00	11.932.625,57
davon: - Erträge IHK-Beiträge Vorjahre			1.375.000,00	1.364.509,90		
davon: - Grundbeiträge Vorjahre	220.000,00	212.461,52				
- Umlagen Vorjahre	1.155.000,00	1.152.048,38				
- Erträge IHK-Beiträge lfd. Jahr			10.630.000,00	10.568.115,67		
davon: - Grundbeiträge lfd. Jahr	4.290.000,00	4.231.000,00				
- Umlagen lfd. Jahr	6.340.000,00	6.337.115,67				
2. Erträge aus Gebühren					2.454.300,00	2.616.009,04
davon: - Erträge aus Gebühren Berufsbildung			1.321.000,00	1.375.288,35		
- Erträge aus Gebühren Weiterbildung			470.000,00	481.710,00		
- Erträge aus sonstigen Gebühren			663.300,00	759.010,69		
3. Erträge aus Entgelten					269.200,00	269.983,27
davon: - Verkaufserlöse			31.000,00	29.979,59		
- Entg. a. Lehrgang, Seminaren, Veranstalt.			238.200,00	240.003,68		
4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen					0,00	-71.808,20
5. Andere aktivierte Eigenleistungen					0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge					487.300,00	588.203,51
davon: - Erträge aus Erstattungen			199.000,00	222.232,64		
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen			42.000,00	72.228,21		
- Erträge aus Abführung von Mitteln an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00	0,00		
Betriebserträge (Summe)					15.215.800,00	15.335.013,19
7. Materialaufwendungen					-2.100.100,00	-2.015.073,36
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			-107.400,00	-98.822,30		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			-1.992.700,00	-1.916.251,06		
davon: Fremdleistungen	-894.850,00	-870.758,11				
davon: Honorare Dozenten	-126.650,00	-110.409,78				
davon: Prüferentschädigungen	-971.200,00	-935.083,17				
8. Personalaufwand					-7.969.500,00	-8.141.026,71
a) Gehälter			-5.776.000,00	-5.770.580,91		
davon: - Gehälter aus unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen	-5.706.000,00	-5.421.034,04				
- Ausbildungsvergütungen	-70.000,00	-67.923,81				
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung			-2.193.500,00	-2.370.445,80		
davon: - Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	-1.012.000,00	-1.021.542,63				
- Beihilfen und Unterstützung	-61.000,00	-59.253,99				
- Renten- und Hinterbliebenenversorgung	0,00	0,00				
- Vorsorge	-1.085.500,00	-1.254.649,18				
9. Abschreibungen					-232.000,00	-235.166,50
a) Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-232.000,00	-235.166,50		
davon: - Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	-130.500,00	-130.470,53				
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten			0,00	0,00		
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen					-4.802.500,00	-4.551.343,58
davon: - Sonstiger Personalaufwand			-199.700,00	-176.596,95		
- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen und Leasing			-304.900,00	-298.782,74		
- Aufwendungen für Fremdleistungen			-743.000,00	-733.469,00		
- Rechts- und Beratungskosten			-162.500,00	-193.847,08		
- Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation			-495.800,00	-423.844,19		
- Präsidentenfonds			0,00	0,00		
- Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation außer Präsidentenfonds			-265.300,00	-255.426,44		
- Aufwendungen DIHK			-650.000,00	-642.475,77		
- Zuwendungen			0,00	0,00		
- Aufwendungen Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung			-721.350,00	-694.476,21		
- Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00	0,00		
Betriebsaufwand					-15.104.100,00	-14.942.610,15
Betriebsergebnis					111.700,00	392.403,04
11. Erträge aus Beteiligungen					59.000,00	59.999,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					83.100,00	83.814,58
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					0,00	1.594,96
davon: - Erträge aus Abzinsung			0,00	0,00		
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens					0,00	0,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					-385.000,00	-384.911,27
davon: - Aufwendungen aus Aufzinsung			-385.000,00	-384.777,00		
Finanzergebnis					-242.900,00	-239.502,73
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit					-131.200,00	152.900,31

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2017 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€
16. Außerordentliche Erträge					0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen					0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis					0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					0,00	0,00
19. Sonstige Steuern					-33.200,00	-33.255,65
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					-164.400,00	119.644,66
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage					0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen					874.300,00	899.253,60
a) aus der Ausgleichsrücklage			0,00	0,00		
b) aus anderen Rücklagen			874.300,00	699.253,60		
- davon: Liquiditätsrücklage	0,00	0,00				
- davon: andere Rücklagen	874.300,00	899.253,60				
23. Einstellungen in Rücklagen					-709.900,00	-801.793,00
a) in die Ausgleichsrücklage			-564.900,00	-564.900,00		
b) in andere Rücklagen			-145.000,00	-236.893,00		
- davon: Liquiditätsrücklage	0,00	0,00				
- davon: andere Rücklagen	-145.000,00	-186.893,00				
Bilanzgewinn / Bilanzverlust					0,00	217.105,26

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2017 der IHK Kassel-Marburg - Mindestgliederung				
	Plan 2017 €	Ist 2017 €	Plan 2017 €	Ist 2017 €
1. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Posten			-164.400,00	119.644,66
2a. + Abschreibungen			232.000,00	235.166,50
- Zuschreibungen			0,00	0,00
2b. - Erträge Auflösung Sonderposten			0,00	0,00
3a. Veränderungen Rückstellungen			295.900,00	491.973,29
+ Aufwendungen Zuführung Rückstellungen	295.900,00	491.973,29		
- Erträge Auflösung Rückstellungen	XXX	0,00		
3b. Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposter				
+ Bildung Passive RAP	XXX	21.531,98	XXX	26.228,35
+ Auflösung Aktive RAP	XXX	4.696,37		
- Auflösung Passive RAP	XXX	0,00		
- Bildung Aktive RAP	XXX	0,00		
4. Sonstige Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge			XXX	0,00
+ Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	XXX	0,00		
- Sonstige Zahlungsunwirksame Erträge	XXX	0,00		
5. Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens			XXX	3.456,00
+ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	3.456,00		
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	0,00		
6. Veränderung aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	-165.090,64
+ Abnahme	XXX	91.837,68		
- Zunahme	XXX	-256.928,32		
7. Veränderung aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	102.533,47
+ Zunahme	XXX	174.702,89		
- Abnahme	XXX	-72.169,42		
8. Außerordentliche Posten			XXX	0,00
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit			363.500,00	813.911,63
10. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens			0,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen			-109.500,00	-94.096,79
a) Grundstücke und Gebäude				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-5.500,00	-5.079,52		
Teilsumme	-5.500,00	-5.079,52		
b) Technische Anlagen				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	0,00	0,00		
Teilsumme	0,00	0,00		
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung				
➢ Einzelmaßnahme: Austausch Büroeinrichtungen	-93.200,00	-72.105,62		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ Fahrzeuge	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-10.800,00	-16.911,65		
Teilsumme	-104.000,00	-89.017,27		
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens			0,00	0,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens			-161.000,00	-163.882,21
➢ Einzelmaßnahmen: Lizenzen f.d. Digitalisierung der Geschäftsprozesse im Bereich Aus- und Weiterbildung	-110.000,00	-102.419,37		
➢ Einzelmaßnahmen: Upgrade auf die neueste Softwareversion des Dokumentenmanagementsystems	-35.000,00	-29.281,44		
➢ pauschal veranschlagt	-16.000,00	-32.181,40		
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens			1.000.000,00	953.079,99
➢ Abgang von Beteiligungen	0,00	0,00		
➢ Abgang von Wertpapieren/Festgeldern	1.000.000,00	953.079,99		
➢ Abgang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
➢ Abgang von sonstigen Finanzanlagen	0,00	0,00		
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			-99.000,00	-99.665,96
➢ Zugang von Beteiligungen	-59.000,00	-59.999,00		
➢ Zugang von Wertpapieren/Festgeldern	-40.000,00	-39.666,96		
➢ Zugang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
➢ Zugang von sonstigen Finanzanlagen	0,00	0,00		
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit			630.500,00	595.435,03

17.	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten und aus Investitionszuschüssen			0,00	0,00
	a) Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Kreditern				
	> Investitionskredite	0,00	0,00		
	> Kassenkredite	0,00	0,00		
	Teilsumme Kreditaufnahme	0,00	0,00		
	b) Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
18.	- a) Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Kreditern			0,00	0,00
	> Investitionskredite	0,00	0,00		
	> Kassenkredite	0,00	0,00		
	b) Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)			994.000,00	1.409.346,66
21.	+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode			XXX	2.782.818,00
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode			XXX	4.192.164,66

Lagebericht der IHK Kassel-Marburg für das Geschäftsjahr 2017

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft im Bezirk der IHK Kassel-Marburg war auch im Jahr 2017 gekennzeichnet durch gute volkswirtschaftliche Daten.

Die Arbeitslosenquote liegt mit 4,8 % unter dem Bundesdurchschnitt (5,7%) und unter dem hessischen Durchschnitt (5,0 %). Der hohe Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Region stärkt die Binnennachfrage. Neben einer gesunden Binnennachfrage hat die Region auch von einem steigenden Auslandsgeschäft profitiert. Die Exportquote stieg in 2017 auf 52,9 %. Der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe stieg von 2016 zu 2017 um 3,6 %.

Der Beschäftigungsaufbau lag im gleichen Zeitraum bei 1,1 %. Die Zahl der Übernachtungen im wichtigen Tourismus- und Tagungsgeschäft stieg in 2017 um 4,2 %. Konstatieren muss man hier sicher einen Einmaleffekt, da 2017 Austragungsjahr der documenta war. Hinsichtlich der Innovationskraft wurde der Region im Scoreboard 2017 ein „strong Innovator“ bescheinigt.

2. Geschäftsverlauf und Lage der IHK im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der Geschäftsverlauf 2017 stellte sich zum ursprünglichen Wirtschaftsplan wie auch zu dem Anfang des vierten Quartal 2017 erstellten Nachtragswirtschaftsplan besser dar. Statt eines geplanten Jahresfehlbetrages weist die Gewinn- und Verlustrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 120 T€ aus.

Die Ergebnisverbesserung beruht zum einen auf höheren Betriebseinnahmen und zum anderen auf niedrigeren Betriebsaufwendungen. Dabei haben sich in erster Linie die Einnahmen aus dem Bescheinigungswesen und der Durchführung von Prüfungen im Güter- und Gefahrgutbereich aufgrund größerer Nachfragen über den Erwartungen entwickelt. Auf der Aufwandseite wurde hauptsächlich durch geringere Inanspruchnahmen im Rahmen der IHK-Projekte und Ausschüsse, sowie

Bürobedarfe weniger verausgabt als geplant.

Darüber hinaus stand im Jahr 2017 die Reformierung und Modernisierung der Dienstvereinbarung der IHK Kassel-Marburg im Focus. In zahlreichen Verhandlungen mit dem Personalrat konnte die zeitgemäße Neugestaltung Ende 2017 einvernehmlich beschlossen werden.

Zum 31. Dezember 2017 betrug der Mitgliederbestand 76.231 Unternehmen (Vorjahr: 75.890). Dabei lag die Anzahl der IHK-zugehörigen eingetragenen Firmen bei 14.867 (Vorjahr: 14.604) und die Anzahl der IHK-zugehörigen nicht eingetragenen Gewerbetreibenden bei 61.364 (Vorjahr: 59.257). Von der Beitragspflicht befreit waren in 2017 48,9 % (Vorjahr: 49,7 %). Die Anzahl der grundbeitragsveranlagten IHK-Mitglieder lag bei 31.345 (Vorjahr: 31.658). 37,2 % der Beitragseinnahmen (Vorjahr: 35 %) wurden durch die Veranlagung des Grundbeitrages generiert.

3. Inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit

Ziel der IHK-Arbeit ist die Förderung der Wirtschaftsregion Nordhessen und Marburg und deren Weiterentwicklung zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort im Sinne des Gesamtinteresses der Mitgliedsunternehmen. In allen Kompetenzfeldern, also sowohl bei der Interessenvertretung, dem Unternehmensservice als auch bei den hoheitlichen Aufgaben versteht sich die IHK als Unternehmerorganisation und kundenorientierter Dienstleister und wird die Kunden- und Vertriebsorientierung weiter verstärken.

Im Jahr 2017 hat die IHK im Bereich der Aus- und Weiterbildung mehr als 10.000 Abschluss- und Zwischenprüfungen sowie mehr als 1.450 Fortbildungsprüfungen organisiert und betreut. Unterstützt wird die IHK dabei durch rund 390 Prüfungsausschüsse und mehr als 2.000 ehrenamtliche Fachprüfer.

Weiterhin wurden 378 (Vorjahr: 399) neue Ausbildungsplätze in 338 (Vorjahr: 281) neuen Ausbildungsbetrieben akquiriert. Die Gesamtzahl der registrierten Auszubildenden lag bei 4.592 (Vorjahr: 4.550). Des Weiteren wurden 98 (Vorjahr: 91) Einstiegsqualifikationen von den Betrieben bereitgestellt (Stand: 31. Dezember 2017). Die Bildungsberatung der IHK hat mehr als 1.300 Unternehmen besucht und war an insgesamt knapp 300 (Vorjahr: 360) Veranstaltungen, Netzwerksitzungen und zahlreichen Bildungsmessen im IHK-Bezirk beteiligt.

Zum 31. Dezember 2017 endete die von 2011 laufende IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung. Ein Abschlussbericht wird der Vollversammlung in 2018 vorgelegt.

Die Fachkräfte-Problematik war auch in 2017 ein zentrales Anliegen der Mitgliedsunternehmen. Hier unterstützte die IHK durch ein neues Veranstaltungsformat „Zukunftswerkstatt Fachkräfte und Bildung 4.0“. In zahlreichen Workshops wurde an zukunftsweisenden Lösungsansätzen zur Fachkräftesicherung in der Region gearbeitet. Auch die Fortführung der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ mit dem zentralen Ziel, die duale Berufsausbildung aufzuwerten und zu stärken, stand 2017 wiederum im Fokus.

Die Integration von Flüchtlingen in Praktikum und Ausbildung ist ein weiterer Themenbereich. Hierzu hat die IHK zahlreiche Angebote und Maßnahmen für ihre Mitgliedsbetriebe entwickelt, um effektiv beim Integrationsprozess der meist jungen Flüchtlinge zu unterstützen und erfolgreich am Aufbau eines Netzwerkes zur Arbeitsmarktintegration mitgewirkt.

Ein weiterer Themenschwerpunkt der IHK-Arbeit ist die Vertretung des Gesamtinteresses auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene wie z.B. durch die kommunalpolitischen Positionen der IHK zu den Themen Gewerbesteuer, Fachkräftesicherung, Infrastruktur, interkommunale Zusammenarbeit, Sicherung der Mittelzentren und Erhalt der Altstädte. Hierzu hat die IHK in 2017 eine neue Veranstaltungsreihe „Kommunale Wirtschaftsgespräche“ zum Austausch über wirtschaftspolitische Ziele der Regionen des IHK-Bezirks eingeführt. Die sich hieraus ergebenden Themenschwerpunkte wie z.B. den Erhalt und den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur, insbesondere den Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur, sowie die Förderung des Flugverkehrs ab dem Airport Kassel sind wichtige Themen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordhessen und Marburg.

Auch in 2017 unterstützte die IHK ihre Mitgliedsunternehmen zum Thema Digitalisierung mit zahlreichen Veranstaltungsreihen in allen Bereichen. So fanden Veranstaltungen zur Digitalisierung im Einzelhandel, Großhandel, in der Bildung und zur IT-Sicherheit das ganze Jahr über statt. Das Schwerpunktthema IT-Sicherheit wurde dazu in Form einer Roadshow nicht nur in Kassel, sondern auch in allen Regionen präsentiert. Dabei standen Aspekte der Vermeidung unberechtigter Zugriffe auf die IT-Systeme im Vordergrund.

Die Kreativwirtschaft wurde durch den Einsatz einer eigenen Branchenbetreuung und durch die Etablierung neuer Veranstaltungsformate zur Netzwerkbildung in den Fokus genommen.

Schwerpunkt der Beratungstätigkeiten im Bereich Recht und Steuern waren Fragen zur Neuregelung bei der Arbeitnehmerüberlassung und zur EU-Datenschutzgrundverordnung, sowie Online Recht für Händler und digitales Recht im Unternehmen.

Weiterhin hat die IHK in 2017 ein neues Veranstaltungsformat „Was leistet Ihre IHK für Sie“

besonders für Neumitglieder aufgelegt. Hier können sich Mitglieder über das facettenreiche Spektrum der Dienstleistungen der IHK informieren. Das Veranstaltungsformat fand in 2017 drei Mal statt und ist als fester Bestandteil des zukünftigen Veranstaltungsangebotes vorgesehen.

Im Herbst 2017 startete mit der Veranstaltung „Start-up meets Mittelstand“ eine Veranstaltungsreihe zur Ausweitung der Aktivitäten im Bereich der Vernetzung von Mittelstand und Start-ups. Ziel ist es den Austausch und das Kennenlernen interessierter Akteure zu ermöglichen sowie Herausforderungen und Chancen bei Kooperationen sichtbar zu machen.

II. Vermögens-, Finanz-, Ertragsentwicklung und -lage

Vermögens- und Finanzlage

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich die Bilanzsumme um TEUR 736 auf TEUR 25.425.

Das Vermögen ist im Wesentlichen vom Wert der beiden Gebäude und dem der Finanzanlagen geprägt. Es setzt sich überwiegend zusammen aus TEUR 19.200 langfristigem Anlagevermögen sowie TEUR 6.159 kurzfristigem Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen hat gegenüber dem Vorjahr um TEUR 834 abgenommen. Während die regulären Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen die getätigten Investitionen übersteigen, nehmen auch die Finanzanlagen durch die geplanten Umschichtungen in das Umlaufvermögen unter Berücksichtigung der Wertaufholung einer Beteiligung in Höhe von insgesamt TEUR 853 ab. Das Umlaufvermögen, das der Finanzierung des laufenden IHK-Betriebes dient, hat sich im Vorjahresvergleich um 33,7 % erhöht. Dabei hat sich hauptsächlich der Bestand der liquiden Mittel um TEUR 1.409 auf TEUR 4.192 erhöht. Dieser Bestand reicht aus, um den zahlungswirksamen Personal- und Sachaufwand für drei Monate zu finanzieren.

Die Eigenkapitalquote hat sich von 53,2 % auf 52,1 % verringert.

Die Rücklagen in Höhe von TEUR 13.245 und die Rückstellungen in Höhe von TEUR 11.336, davon TEUR 9.443 für Pensionsverpflichtungen, sind zu 45,3 % durch das Finanzanlagevermögen gedeckt.

Ertragslage

Die Ertragslage der IHK ist im Geschäftsjahr 2017 geprägt durch die von der Vollversammlung beschlossenen Beitrags- und Gebührenanpassungen. Durch die moderate Anhebung der

Grundbeiträge und Großbetriebsstaffel sowie die Erhöhung der Umlage von 0,17 % auf 0,19 % konnten bei den Erträgen aus IHK-Beiträgen Mehreinnahmen in Höhe von TEUR 1.356 erzielt werden. Insgesamt entwickelten sich die Erträge aus IHK-Beiträgen um TEUR 1.287 über den Vorjahreswerten, wobei sich bei der Endabrechnung zurückliegender Beitragsjahre Mindereinnahmen ergeben haben.

Die Erträge aus Gebühren in Höhe von TEUR 2.616 übersteigen ebenfalls den Vorjahreswert um TEUR 71. Die Mehrerträge aus der Anpassung der Gebühren im Aus- und Weiterbildungsbereich sowie im Bescheinigungswesen konnten den durch niedrigere Nachfrage bedingten Rückgang bei den Bewachungsunterrichtungen, die in 2016 außergewöhnlich angewachsen war, mehr als kompensieren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 764 T€ niedriger und lassen sich im Wesentlichen durch die in 2016 vorgenommene Auflösung von nicht in Anspruch genommenen Rückstellungen aufgrund der positiven Finanzamtsentscheidung im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ begründen.

Der Betriebsaufwand liegt mit TEUR 14.943 per Saldo um TEUR 223 unter dem Vorjahreswert. Dabei übersteigen lediglich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen den Vorjahreswert geringfügig um TEUR 54.

Das Betriebsergebnis weist einen positiven Wert auf und beträgt TEUR 392.

Das Finanzergebnis weist in 2017 einen negativen Betrag in Höhe von TEUR 239 auf, der sich aufgrund der Aufzinsung von Rückstellungen ergibt. Die Vorjahresabweichung in Höhe von 721 T€ ergibt sich überwiegend aus der in 2016 vorgenommenen Änderung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahren, die als Zinsertrag ausgewiesen wurde.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 153.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf TEUR 120 unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern in Höhe von TEUR 33.

Nach Vollzug der Rücklagenentnahmen (TEUR 899) und -einstellungen (TEUR 802) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 217.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen TEUR 271. Die Investitionen in das Sachanlage-vermögen betragen TEUR 110 und in immaterielle Vermögensgegenstände TEUR 161.

III. Personalbericht

Die kontinuierliche Personalentwicklung wurde auch im Geschäftsjahr 2017 durch gezielte Seminare und Weiterbildungsangebote für die Fachkräfte der IHK fortgesetzt. Die IHK investierte TEUR 38 in die Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die IHK beschäftigte 2017 im Jahresdurchschnitt 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 11 befristet). Dies entspricht einer Kapazität (PJ) von 97,47 Vollzeitstellen. Vier Mitarbeiterinnen befinden sich in Elternzeit bzw. Mutterschutz. Die Personalkapazität liegt auf dem Niveau des Planansatzes.

Von den 113 Beschäftigten arbeiten 41 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, das entspricht einer Quote von 36,2 %. Weiterhin wird das Altersteilzeitmodell von einem Mitarbeiter genutzt.

Die IHK hat vier Auszubildende in dem Berufsbild „Kaufmann/-frau für Bürokommunikation“ / „Kaufmann/-frau für Büromanagement“ und einen IT-Auszubildenden. Die in 2016 als Einstiegsqualifikantin gestartete junge Frau aus Eritrea wurde in 2017 als Auszubildende übernommen.

IV. Prognosebericht

Der weltweite Aufschwung treibt die deutsche Konjunktur auch in diesem Jahr wieder kräftig an. Zu dieser Einschätzung kommen die sogenannten Wirtschaftsweisen sowie verschiedene Konjunkturforschungsinstitute. Das Beratergremium der Bundesregierung und die Institute erwarten einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 2,3 Prozent bis 2,6 Prozent in diesem Jahr. Grund seien die gut laufenden Exporte. Damit sehen Ökonomen die Entwicklung noch positiver als bei ihrer Prognose im vergangenen Herbst.

Die eigene IHK-Konjunkturmfrage stützt die Prognose des Sachverständigenrates. Der IHK-Klimaindex liegt bei guten 123,7 Punkten (Vorjahr: 117,2 Punkten) und damit deutlich über dem Vorjahreswert.

Ausgewählte Prognosen für Deutschland 2018 lauten wie folgt:

HWWI Hamburg	2,1 %
DIW Berlin	2,4 %
DEKA Bank	2,6 %
Ifo	2,6 %

(Stand: April 2018)

Der DIHK geht von 2,7 % Wirtschaftswachstum aus und befindet sich damit in der oberen Range.

Die Beitragseinnahmen für das laufende Jahr 2018 entwickeln sich – gemäß der Anfang April durchgeführten Hauptveranlagung – auf Planniveau. Auch in den Bereichen der Erträge aus Gebühren und Entgelte lassen die derzeit vorliegenden Zahlen auf eine Erfüllung der Planzahlen schließen.

Auf der Aufwandseite sind ebenfalls keine großen Planabweichungen zu verzeichnen.

Die längerfristigen strategischen Ziele der IHK sind:

- Sensibilisierung und Unterstützung der regionalen Wirtschaft bei den mit der digitalen Transformation verbundenen Veränderungsprozessen
- Mitwirkung bei der Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in Nordhessen und Marburg
- Bedarfsgerechten Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur vorantreiben
- Chancen der Energiewende nutzen – Auf Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energieversorgung hinwirken – Marktpotentiale erschließen
- IHK Kassel-Marburg als zeitgemäße unternehmerische Organisation voranbringen
- Unterstützung der Unternehmen bei der Stärkung vorhandener und Entwicklung neuer Innovationspotentiale
- Die Internationalisierung der Unternehmen stärken

Ausgehend vom Leitbild und den strategischen Zielen der IHK sind zentrale Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2018 festgelegt worden. Sie betreffen u.a. folgende Ziele und Aktivitäten:

Auf der Themenagenda ganz oben ist die Fachkräftesicherung verankert, denn sie zählt zu den größten Herausforderungen für die regionale Wirtschaft.

Die Digitalisierung hat weiterhin Top-Relevanz für die Mitgliedsunternehmen. Das Schwer-

punkthema in 2018 lautet: „Zukunftswährung Daten – Verstehen, Schützen, Profitieren.“

Wichtiges Thema bleibt die Berücksichtigung von Gewerbegebieten im Verfahren des aktuellen Breitbandausbaus sowie der zügige Weiterbau der nordhessischen Verkehrsprojekte.

Deutlich intensiviert werden die Unternehmensbetreuung im Bereich Großhandel und der Unternehmensnachfolge sowie eine Vernetzung von neuen jungen Unternehmen mit etablierten Unternehmen zur Unterstützung der Start-Ups. In der Kreativwirtschaft werden neue Veranstaltungsformate mit dem Ziel der Vernetzung der Branche untereinander und mit potentiellen Auftraggebern weitergeführt. Sobald es konkrete, unternehmensrelevante Ergebnisse bei den EU-Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt, werden diese thematisiert.

Auch IHK-intern steht das Thema Digitalisierung in 2018 an. Die IHK-Veranstaltungen werden über ein modernes Online-Einladungsmanagement administriert. Die Einführung der digitalen Plattform „Tixxt“ für das Ehrenamt wird in 2018 sukzessive finalisiert. Weiterhin wird die Aus- und Weiterbildung zunehmend digitaler. Mehr Effizienz für alle Beteiligten in diesem Bereich ist das Ziel. Damit die Unternehmen vor Ort wettbewerbsfähig bleiben, bespricht die IHK mit regionalen Akteuren Möglichkeiten, unterversorgte Gebiete mit hochwertiger Breitbandanbindung (Gigabit) auszustatten.

Ganzjährig laufen in 2018 die Vorbereitungen zu den IHK-Wahlen in 2019 mit dem Ziel, die Spiegelbildlichkeit der nordhessischen Wirtschaft in den Gremien zu gewährleisten.

Im Bereich der IHK-Kommunikation startete Anfang 2018 die Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ im neuen Layout. Auch der Internetauftritt der IHK Kassel-Marburg als zentrales Kommunikationsmedium wird in 2018 einem Relaunch unterzogen.

Weiterhin werden intern die Verhandlungen mit dem Personalrat bezüglich der Einführung eines flexiblen in Verbindung mit einem Zielsystem ausgerichteten Gehaltssystems im Schwerpunkt stehen.

Chancen und Risikobericht

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IHK wird maßgeblich durch die konjunkturelle Lage im IHK-Bezirk geprägt, da das Beitragsaufkommen unmittelbar von der Ertragslage der Mitgliedsunternehmen abhängig ist.

Diese Abhängigkeit macht die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IHK generell anfäll-

lig für konjunkturelle Risiken, die erheblich sein können und sich zudem über mehrere Jahre erstrecken können. Ein strukturelles finanzielles Risiko besteht auch darin, dass rund 50 Unternehmen etwa 36,3 % der Beitragseinnahmen leisten. Veränderungen in einzelnen Unternehmen können damit unmittelbar die Ertragssituation der IHK in 2018 maßgeblich beeinflussen. Ein weiteres finanzielles Risiko besteht durch die Abrechnung vorläufig veranlagter Beitragsbescheide, die zu Rückzahlungen in nicht unerheblicher Höhe führen können.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 09. Dezember 2015 in einem Beitragsrechtstreit zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Rücklagen präzisiert die rechtlichen Anforderungen an eine pauschale Rücklagenbildung. Eine Rücklagenhöhe ist zulässig, soweit ein in der Höhe bestehendes Risiko damit abgedeckt wird. Dieses Risiko muss in einer Prognose dargelegt werden, die aus ex-ante-Sicht sachgerecht und vertretbar ausfallen muss. Sich als überhöht erweisende Rücklagen sind baldmöglichst wieder auf ein zulässiges Maß zurückzuführen. Kann ein Risiko auch aus ex-ante Sicht in Höhe der gebildeten Rücklage nicht dargelegt werden, kann dies zur Rechtsfolge haben, dass der zugrundeliegende Wirtschaftsplan als Rechtsgrundlage damit mangelhaft und der Beitragsbescheid selbst rechtswidrig ist. Hieraus können sich höhere Rückzahlungsverpflichtungen seitens der IHK ergeben.

Bisher sind beim Verwaltungsgericht Kassel 17 Klagen gegen Beitragsfestsetzungen der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2017 anhängig, die sich gegen die Höhe der Rücklagen richten.

Für den Ausgleich der mit den vorbenannten Risiken verbundenen möglichen ergebniswirksamen Schwankungen ist die Ausgleichsrücklage mit einer angemessenen Dotierung auszustatten. Der Haushaltsausschuss, das Präsidium und die Vollversammlung haben sich mit dem sachlichen Erfordernis und der Angemessenheit der Höhe der bestehenden Ausgleichsrücklage befasst und diese als angemessen angesehen.

Die Risiken aus der Gesetzgebung im Hinblick auf Reformansätze zur Pflichtzugehörigkeit der Unternehmen, haben sich mit der Zurückweisung von zwei Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzliche Zugehörigkeit der gewerblichen Unternehmen bei den Industrie- und Handelskammern mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 2017 stark abgeschwächt.

Aus heutiger Sicht ist zu erwarten, dass die am Markt erzielbaren Renditen auf dem niedrigeren Niveau der Vorjahre liegen werden, sodass die Zinserträge auf absehbare Zeit auf diesem niedrigen Niveau bleiben werden. Durch Endfälligkeiten von Finanzanlagen mit noch akzeptablen Renditen werden die Erträge aus den Finanzanlagen des Anlagevermögens

stark sinken. Das Finanzmanagement richtet sich nach der im Oktober 2015 geänderten Anlagenrichtlinie sowie den in § 23 Finanzstatut und den entsprechenden Ausführungen in den Richtlinien zum Finanzstatut getroffenen Festlegungen. Die Anlagerichtlinie soll u. a. ein Höchstmaß an Sicherheit und Transparenz sowie die jederzeitige Liquidität der IHK gewährleisten.

Die Abhängigkeit der finanziellen und wirtschaftlichen Situation von der konjunkturellen Lage im IHK-Bezirk birgt nicht nur die vorgenannten Risiken, sondern eröffnet der IHK auch Chancen. So sieht die IHK zusätzliche Ertragschancen durch die Ausweitung des Angebots der entgeltpflichtigen Dienstleistungen.

Weitere Chancen sieht die IHK insbesondere in der zunehmenden Digitalisierung innerhalb der IHK und in den Mitgliedsunternehmen. Dabei liegt der Fokus darauf, dass – die mit der Digitalisierung verbundene Optimierung von Arbeits- und Geschäftsprozessen – ein Mehrwert für die Mitgliedsunternehmen geschaffen wird, um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen als Unternehmensorganisation und kundenorientierter Dienstleister gerecht zu werden.

Weitere berichtspflichtige Risiken und Chancen sind nicht zu benennen.

V. Nachtragsbericht

Bis zur Fertigstellung des Jahresabschlusses wurden keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung verzeichnet, die das Ergebnis des Jahres 2017 berühren.

Kassel, 14. Mai 2018

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Oberritz
Hauptgeschäftsführerin